



Peter Bußjäger
Ferdinand Karlhofer
Günther Pallaver

Föderalistisches Bewusstsein in Österreich

Regionale Identitätsbildung und Einstellung
der Bevölkerung zum Föderalismus



Institut für Föderalismus

Peter Bußjäger
Ferdinand Karlhofer
Günther Pallaver

Föederalistisches Bewusstseia in Österreich

Regionale Identitätsbildung und Einstellung
der Bevölkerung zum Föederalismus

Institut für Föderalismus
Schriftenreihe Politische Bildung
Band 8

herausgegeben vom
Institut für Föderalismus, Innsbruck
Wissenschaftliche Leitung: Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger

Föderalistisches Bewusstsein in Österreich
Regionale Identitätsbildung und Einstellung der Bevölkerung
zum Föderalismus

von
Peter Bußjäger/Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver



BRAUMÜLLER

Zitiervorschlag: *Bußjäger/Karlhofer/Pallaver, Föderalistisches
Bewusstsein in Österreich (2010) [Seite]*

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://ddb.de> abrufbar.

Printed in Austria

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der
Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch
Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des
Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert,
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2010 by Wilhelm Braumüller
Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H., A-1090 Wien

ISBN: 978-3-7003-1751-7

Satz: Institut für Föderalismus
Druck: Fa. Novographic, Wien

Vorwort

Regionale Identitäten stehen heute in mehrfacher Hinsicht im Fokus von Politik und Forschung: Zum einen beruft sich die Politik immer wieder auf die Bedeutung der regionalen Identität als Anker gegenüber der Globalisierung, zum anderen ist es die Sozialwissenschaft, die sich zunehmend mit der Frage auseinandersetzt, ob und wie regionale Identität „wirkt“.

Besonders für die Legitimation eines föderalen Systems spielt Identität eine bedeutsame Rolle. Aus diesem Grund startete das Institut für Föderalismus ein Projekt, in welchem die föderalistische Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu Europa, Bund, Ländern und Gemeinden umfassend erhoben werden sollte. Anstoß bildete unter anderem auch eine in Deutschland im Jahre 2008 von der Bertelsmann Stiftung erstellte Umfrage „Bürger und Föderalismus“.

Im Jahre 2009 führte Gilg Seeber vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck im Auftrag des Instituts für Föderalismus eine Umfrage unter der österreichischen Bevölkerung durch, in der das föderalistische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger abgefragt wurde. Das Ergebnis dieser Umfrage wird im Beitrag von Peter Bußjäger und Gilg Seeber („Zwischen Föderalismus und Unitarismus – das föderalistische Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher nach der Föderalismusumfrage 2009“) der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Ergebnis der Umfrage ist im Titel paradigmatisch vorweggenommen.

Zuvor setzen sich Günther Pallaver und Ferdinand Karlhofer in ihrem einleitenden Beitrag „Raum, Föderalismus und Politik – Zur regionalen Identitätsbildung in Österreich“ grundsätzlich mit den vielfältigen Zusammenhängen zwischen Region, Identität und Raum gerade auch in Bezug auf die österreichischen Länder auseinander.

Die Autoren hoffen, mit der vorliegenden Studie einen Impuls zur weiteren wissenschaftlichen Vertiefung des Themas zu setzen. Für die Politik ergibt sich die Handlungsempfehlung, den Bürgerinnen und Bürgern stärker zu vermitteln, weshalb zum Wesen des Föderalismus nicht nur die Existenz der Länder, sondern auch ihrer unterschiedlichen Rechtsordnungen gehört.

In formaler Hinsicht weisen die Autoren darauf hin, dass sie in ihren Beiträgen die in ihren jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen (Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft) gängige Zitierweise beibehalten haben.

Innsbruck, im April 2010

Peter Bußjäger
Ferdinand Karlhofer
Günther Pallaver

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Günther Pallaver / Ferdinand Karlhofer	
„Raum, Föderalismus und Politik – Zur regionalen Identitätsbildung in Österreich“	1
Peter Bußjäger / Gilg Seeber	
„Zwischen Föderalismus und Unitarismus – das föderalistische Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher nach der Föderalismusumfrage 2009 “	27
Autorenverzeichnis	51

Raum, Föderalismus und Politik Zur regionalen Identitätsbildung in Österreich

1. Die Wiederentdeckung des Raums

Raumtheorien haben in den letzten Jahren wieder stark an Aktualität gewonnen. Stand die Beschäftigung mit dem Thema Raum in der Antike (Aristoteles) bis zur Aufklärung (Kant) auf der Tagesordnung der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, so wurde die Auseinandersetzung mit der abstrakten Raumproblematik im Zuge des Entwicklungs- und Fortschrittsglaubens der Aufklärung ab dem 18. Jahrhundert allmählich an den wissenschaftlichen Rand gedrängt und durch die Beschäftigung mit der Kategorie Zeit ersetzt.

Die Instrumentalisierung der Raumpolitik durch den Nationalsozialismus („Volk ohne Raum“) und die damit verbundene „Blut und Boden Politik“ führte dazu, dass dieses Thema zumindest im deutschsprachigen Raum für lange Zeit tabuisiert blieb.

Erst in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts nahm das Interesse am Räumlichen allmählich wieder zu. Damit einher ging ein erneuter Paradigmenwechsel vom Faktor Zeit zum Faktor Raum, der als Ergebnis postmoderner Beschäftigung mit Raum im „spatial turn“ mündete (Crang/Thrift 2000; Lippuner/Lossau 2004).

Es gibt eine Reihe von Gründen, weshalb es damals zu einem Revival des Faktors Raum gekommen ist, der in der Zwischenzeit zu einem nachgefragten gesellschaftlichen Betrachtungs- und Analyseobjekt avanciert ist. Vor allem die gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse der 80er Jahre, in erster Linie die Beendigung des Kalten Krieges und damit der Bipolarität zwischen West und Ost führten zu einer neuen geopolitischen, aber auch ökonomischen und kulturellen Kartierung der Welt, ganz besonders der europäischen (Bachmann-Medick 2009).

Neueste Entwicklungen wie die immer stärker spürbare Globalisierung, territoriale Grenzverschiebungen, die zunehmenden Migrationsprozesse, die mit der Entgrenzung einhergehende Relativierung der Rolle des Nationalstaates und der Bedeutungszuwachs von Groß-

räumen (wie etwa die EU) haben die Beschäftigung mit dem Thema Raum stark gefördert. Prozesse der „Enträumlichung“ oder „Ver-räumlichung“, der „Dezentralisierung“ oder der „Reterritorialisierung“ sind heute Schlagworte, die auch in den Sozialwissenschaften ihren Platz erobert haben.

Die Diskussionen über den Raum im weitesten Sinne ist vielspurig und meanderhaft und hat immer wieder Schwerpunktverlagerungen erfahren. Nicht mehr der physische Raum an sich ist heute bevorzugter Untersuchungsgegenstand, sondern das menschliche Handeln unter Berücksichtigung der räumlichen Rahmenbedingungen (Werlen 2000).

Der Raum wird im Rahmen solcher Überlegungen zum Ausgangspunkt der Handlungsverwirklichung und der sozialen Kommunikation, über die Räume wiederum gestaltet werden. Innerhalb dieser Denk-logik werden Räume als Produkt sozialen Handelns verstanden und als soziale Konstruktion, insbesondere als relationales Konstrukt definiert (Löw/Sturm 2005, Kröcher 2007, 37).

Die Überwindung der rein physischen Dimension des Raumes ermöglicht es, diesen nicht auf ein bestimmtes Territorium oder Gebiet einzuschränken. Vielmehr werden Räume, da sozial konstruiert, in den Handlungsmustern und Wirklichkeitswahrnehmungen ihrer Bewohner realisiert. Das hat zur Folge, dass Räume einem ständigen sozialen Differenzierungsprozess ausgesetzt sind, der sich in Abgrenzung oder Einbindung äußern kann genauso wie in einer Hierarchisierung von Räumen.

2. Raum und Region

Innerhalb der Hierarchisierung von Räumen finden wir an prominenter Stelle die Region. Der Begriff scheint einfach und klar zu sein. In Wirklichkeit sind sich die unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen alles eher als einig, was unter der räumlichen Kategorie Region zu verstehen sei.

Eine Eingrenzung des Begriffs der Region erfolgt gerne in der Annahme, Regionen seien Raumeinheiten unterhalb des Nationalstaates und oberhalb der lokalen Gebietskörperschaften (vgl. Benz/Crow/Holtmann 1998, 18). Einer solchen juristischen Einordnung stehen etwa interdisziplinär angelegte gegenüber, die Regionen eher als einen Sammelbegriff für „Teilräume“ sehen, die je nach Funktion, Bezugsrahmen und Ideologie abgegrenzt werden. Regionen können

somit jenseits verfassungsrechtlicher Kategorien nach Funktionen und/oder Interaktionszusammenhängen bestimmt werden. In den letzten Jahren wurde die Region als kleinräumiger Zusammenhang vielfach zu einer Basiseinheit, zu einer wesentlichen Referenzebene gesellschaftlicher Reproduktion hochstilisiert (Storper 1997). Eine solcherart begrifflich gestylte Region wird als zukünftige dominante räumliche Einheit gesellschaftlicher Entwicklung präsentiert (Scott 1998). Das würde bedeuten, dass die Rolle, die bisher Nationalstaaten ausübten, die Regionen übernehmen, die in einem parallelen Prozess einmal die Aushöhlung des Nationalstaates und andererseits einen Bedeutungsgewinn räumlicher Nähe bewirkten. Die räumliche Verdichtung, so beispielsweise die Befürworter eines „Europa der Regionen“, würde bewirken, dass „physische Nähe vor allen gesellschaftlichen Kontextbedingungen ein Wirkungsverhältnis in Richtung sozialer Nähe entfalte“ (Kröcher 2007, 140), wobei die Region als homogener kollektiver Akteur präsentiert wird.

Wie der Begriff der Region stößt auch der Begriff des Regionalismus auf Probleme der Eindeutigkeit. Vielfach bezieht sich der Regionalismus auf Formen des Nationalismus und wird deshalb mitunter auch als „Mini-Nationalismus“ bezeichnet. Der Regionalismus ist stark auf den Abbau der Zentralmacht ausgerichtet und hat zum Ziel, politische und ökonomische Ordnung in einem überschaubaren Raum zu etablieren (Döring 1999, 18).

Der Regionalismus kann dabei eine subnationale Dimension einnehmen, um eine neue Balance zwischen Zentrum und Peripherie herbeizuführen, die in der Regel auch mit einer Reihe von institutionellen Reformen verbunden ist. Die supranationale Dimension wird weiters als Konzept in den internationalen Beziehungen verwendet, bei dem es um den kooperativen Zusammenschluss mehrerer Territorien geht, wie dies etwa bei der EU der Fall ist. Schließlich wird von einem transnationalen Regionalismus gesprochen, wenn es im Wesentlichen um eine grenzüberschreitende Kooperation verschiedener Regionen geht (Keating 2005, 53).

Regionalismus weist vielfältige Dimensionen auf, eine funktionale, kulturelle und identitäre, eine politische wie eine institutionelle. Der Regionalismus basiert aber auch auf unterschiedlichen ideologischen Zielrichtungen. Im 19. Jahrhundert waren die regionalen Bewegungen tendentiell konservativ und traditionalistisch, die sich der Modernisierung und der Säkularisierung des Staates widersetzen. Nach 1945 basierte der Regionalismus auf Prinzipien der Gemeinschaft, Tradition und Subsidiarität. Ab den 50er Jahren kamen regionale Bewegungen

auf, mit denen die „regionale Bourgeoisie“ einen Modernisierungsprozess einleiten wollte. In den 60er Jahren fand mitunter eine Verbindung zwischen regionaler und 68er Bewegungen statt, gefolgt von linken Bewegungen, die sich gegen den internen Kolonialismus wehrten, bis hin zu Bewegungen, die Europa aus ideologischen Gründen ablehnten und Bewegungen, die sich in Europa einen Bündnispartner gegen den Nationalstaat erhoff(t)en (ebd 55).

Jenseits verschiedener Erklärungsmodelle für die Herausbildung solch (ethno)regionaler Bewegungen/Parteien (Türsan 1998) präsentiert sich diese Parteienfamilie als recht heterogen. Sie ist ideologisch unterschiedlich positioniert, stellt unterschiedliche politische Forderungen, die von einer (kulturellen) Autonomie bis hin zum Selbstbestimmungsrecht reichen und sind unterschiedlich erfolgreich (vgl Tronconi 2009).

Dennoch: Das Revival der Regionen ist ein Phänomen, das dazu geführt hat, dass die Regionen als dritte Ebene etwa in der institutionellen EU-Architektur eine wichtige Rolle spielen. Für dieses Revival von Regionen, regionalen Bewegungen und regionalem Bewusstsein wie insgesamt von substaatlichen Gebietskörperschaften wird allgemein der Prozess der Globalisierung genannt, auch wenn es dazu eine lange Reihe anderer Erklärungsmuster gibt, die kontrovers diskutiert werden.

Unter physischen bis virtuellen Raum-Aspekten wird die Globalisierung als Gegenpol zur Regionalisierung gesehen, auch wenn sich beide Phänomene gegenseitig nicht ausschließen, sondern sich eher gegenseitig bedingen und abstützen. Globalisierung wird mit Entgrenzung verbunden, hebt den umgrenzten Raum auf und fordert eine grenzenlose, somit weltumspannende Perspektive ein. Das Regionale weist hingegen einen eindeutig räumlichen, klar abgegrenzten Charakter auf, der sich fast auf der untersten Ebene der Raumebenen befindet und im Gegensatz zur Entgrenzung auf die Eingrenzung verweist.

Das Revival des Regionalen kommt unter anderem auch dadurch zum Ausdruck, dass es in vielen Ländern, nicht nur in Europa, zu einer erfolgreichen Regionalisierung, Föderalisierung oder insgesamt Dezentralisierung der Nationalstaaten gekommen ist. Dazu genügen Verweise auf Spanien, Großbritannien oder Sri Lanka. Diese Erneuerungsprozesse werden vielfach zur Optimierung von substaatlicher Kompetenz angesetzt, um Innovationsprozesse einzuleiten, voranzutreiben und zu steuern und um auf politischer und institutioneller Ebene selbst wieder Ausgangspunkt für Innovationen zu sein. Damit

verbunden ist die Kooperation mit den lokalen Gebietskörperschaften und mit der Zivilgesellschaft sowie die Zusammenarbeit dieser sub-regionalen Akteure (Grasse 2005, 30). Nicht umsonst gilt vor allem die regionale Innovationsfähigkeit als wichtiges Feld zur Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt, wo Kenntnisse, Fähigkeiten, Beziehungen und Motivationen im räumlicher Umfeld den regionalen Akteuren wirtschaftlich einen Vorteil verschaffen, wie dies etwa die Wirtschaftsgeographie vermittelt (vgl Twele/Lesch/Bull 2005).

Die These, die Politik verliere den Raum durch den Niedergang des Nationalstaates, wird mit Hinweisen auf die Abtretung von Zuständigkeiten nach oben an supranationale Einrichtungen (in Europa zB an die EU, Nato) und nach unten an untergliedstaatliche Einheiten (zB an Regionen/Länder usw) zu belegen versucht. Zwar hat sich die Wunschvorstellung des Theoretikers der „Lehre vom rechten Maß“, des Österreichers Leopold Kohr (1993) nicht realisiert, wonach die Nationalstaaten in kleine Subeinheiten untergliedert werden und als ein „Europa der Kantone“ nach Schweizer Vorbild weiter existierten sollten, aber es ist unzweifelhaft, dass die Regionen in Europa in den letzten Jahrzehnten erstarkt sind. Dies hat letztlich auch zum Wandel von Government zu Governance geführt und in einer weiteren Ausdifferenzierung zur Regional Governance, die Formen der regionalen Selbststeuerung einfordert, um politische Defizite aufzufangen, sich aber auch als Ergänzung zur staatlichen Steuerung insgesamt versteht (vgl Pütz 2004).

Solche Bewegungen haben auf kleinräumiger Ebene neue Spielräume eröffnet. Eine Art „lokaler“ oder „regionaler“ Staaten sowie ähnliche parastaatliche Gebilde, die innerstaatliche Staatsfunktionen ausüben, treten als Lobbyisten regionaler Interessen auf supranationaler Ebene auf. Neben der vertikalen bilden sich immer öfters horizontale Interessensgemeinschaften und -vertretungen heraus, die versuchen, sich der nationalstaatlichen Ebene schrittweise zu entziehen. Das hat unter anderem dazu geführt, dass es etwa auf EU-Ebene beim Zugriff auf europäische Fonds immer öfter zu einem Wettbewerb zwischen lokalen/regionalen und nationalen Interessen kommt (Zeitler 2001, 108).

Angesichts der vielfältigen Probleme, vor denen sich der Wohlfahrtsstaat in Angelegenheiten der Reproduktion und Regierbarkeit befindet, wird in der Institutionenpolitik als eine Form der Modernisierungspolitik ein wichtiger Lösungsansatz gesehen. Dadurch sollen die angehäuften Probleme, die durch den soziokulturellen und ökonomischen Strukturwandel hervorgerufen worden sind, bewältigt

werden. Die institutionelle Reform der staatlichen Architektur und die dadurch angestrebte Modernisierung des Staatsapparates, aber auch die gleichzeitig stattfindende Neudefinierung des Verhältnisses zwischen öffentlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft sind Voraussetzungen für die immer breiter werdende Inklusion der Bürger bei den politischen und administrativen Entscheidungsfindungen (Arena 2006), um in den immer stärker ausdifferenzierten Gesellschaften zu effizienten und flexiblen Problemlösungen zu kommen.

Eine Konsequenz dieses Umbaus etwa im Sinne von Modernisierung, Erhöhung der Steuerungskapazitäten, Effizienzsteigerungen, Problem- und Konfliktlösungen, Wirtschaftsförderung, Wachstum und Zunahme politischer Partizipation ist der in Europa eingeleitete Prozess der Dezentralisierung, Regionalisierung und Föderalisierung (Keating 1998, Kröcher 2007). Dies hat auch zu einer Neuinterpretierung des Raums unter politischen Prämissen geführt.

3. Raum und Politik

Politik benötigt Raum, um Macht organisieren und ausüben zu können. Sollen Entscheidungen verbindlich sein, muss auch deren Reichweite klar definiert sein. In dieser Logik bewegte sich bislang der Nationalstaat. Von dieser Beobachtung ausgehend teilt Markus Schroer (2006, 118) die Entwicklung von politischen Räumen in drei Phasen ein:

1. Die Phase der Territorialisierung des Politischen anhand des Aufbaus von Nationalstaaten.
2. Das vermeintliche Ende des Nationalstaates mit dem Ende des Raumes und der Politik.
3. Der vielfältige Neuaufbau von Räumen durch den Abbau alter Raumbezüge. Tatsächlich kann man feststellen, dass in den letzten Jahrzehnten unterschiedliche Raumebenen (Städte, Provinzen, Regionen usw.) aus dem offensichtlich zu engen Korsett des Nationalstaates immer wieder ausbrechen, indem sie sich selbst organisieren und untereinander Kooperationen eingehen.

Tatsächlich kann man feststellen, dass in den letzten Jahrzehnten unterschiedliche Raumebenen (Städte, Provinzen, Regionen usw.) aus dem offensichtlich zu engen Korsett des Nationalstaates immer wieder ausbrechen, indem sie sich selbst organisieren und untereinander Kooperationen eingehen.

Bestrebungen, alte Raumbezüge ab- oder umzubauen und umgekehrt neue Raumbezüge aufzubauen, haben durch die weltpolitischen Entwicklungen mit der Auflösung der bipolaren Weltordnung sowie durch die Ereignisse rund um den 11. September 2001 eine Beschleunigung erfahren, die den politischen Raum massiv betreffen. Unter diese Entwicklung fallen laut Rüdiger Voigt (2005) die Durchlässigkeit territorialer Grenzen, die wachsende Individualisierung im Spannungsfeld von Globalisierung und Lokalisierung, das Auftreten neuer Grenzen zwischen den Kulturen, die intensiv auftretenden Migrationsbewegungen und schließlich das Aufkommen des virtuellen Raums.

„Virtueller Raum“ wie „Global City“ bilden heute Modelle der neuen, mitunter auch „raumlosen“ Raumbezüge. Bei der „Global City“ erleben wir eine Zentralisierung innovativer Industrien in wenigen Städten, was zugleich zu einer Marginalisierung der Regionen führt. Im anderen Fall ist der virtuelle Raum durch den Einfluss der Neuen Medien konstruiert und drückt sich in Begriffen wie Cyberspace, Datenautobahnen oder Global Village aus (vgl. Löw 2001, 93-106). Offene und interaktive elektronische Netze bilden – aus Sicht der Nutzer – selbst einen Raum (ebda 95).

Der „Enträumlichung“ und der Raum-Entwicklung „nach oben“ steht jene „nach unten“ gegenüber. Der Politologe Ilvo Diamanti spricht im Zusammenhang von Region und Politik von drei Dimensionen des substaatlichen Territoriums, wobei er das Verhältnis Politik, Parteien und Territorium in Verbindung setzt. Einmal geht es um die Frage, auf welche Weise die Parteien das Territorium für ihre Zwecke benutzen, aber auch darum, wie (umgekehrt) das Territorium unter ökonomischen, sozialen und relationalen Verhältnissen seinerseits die Politik „benutzt“.

Die erste Dimension betrifft das Territorium als Ort der Präsenz, der Partizipation, der Organisation und Aktion der Parteien (politics). Es handelt sich um jenes Feld, in dem sich die Rekrutierungsaktionen der Parteien abspielen, wo die Kommunikation mit den Personen des Territoriums und die Konstruktion von Identität stattfinden. Zugleich handelt es sich um das Feld der Partizipation und der Sozialisation der Bürger und Bürgerinnen. Im engeren Sinne geht es bei dieser Dimension um politische Prozesse, die in einem bestimmten Raum stattfinden, um Orte des Konsenses, der Legitimität und der Interessensvertretung.

Die zweite Dimension betrifft die Idee des Territoriums als Sitz der lokalen/regionalen Verwaltung und der Regierung, aber auch als Ort

zur Hervorbringung und Formierung von lokalen/regionalen Leadern. Deren Legitimation hängt stark von der Rolle der Regierung auf lokaler/regionaler Ebene ab, von der Akzeptanz und Anerkennung seitens der Bürger und Bürgerinnen, von der Fähigkeit der politischen Klasse, mit den Bürgern zu kommunizieren, nicht nur von der Fähigkeit, Probleme zu lösen und Antworten auf anstehende Probleme zu geben. Im weitesten Sinne handelt es sich um eine Politik verstanden als policy, mit der Entscheidungen, Initiativen, Programme auf lokaler/regionaler Ebene umgesetzt werden.

Die dritte Dimension betrifft schließlich die symbolische Nutzung des Territoriums als Bezugspunkt von Identität, als politisch organisierte Gemeinschaft (polity). In diesem Kontext wird auf die Bedeutung von „Grenzen“ verwiesen, durch die Identität produziert und reproduziert wird. Die Unterscheidung zwischen Regionen, Gemeinden, Nationalstaaten wird in diesem Zusammenhang zu einer Quelle der subjektiven und kollektiven Anerkennung. Dabei wird der Faktor Identität von bestimmten politischen Akteuren nicht selten als Waffe des politischen und institutionellen Konflikts eingesetzt, als Ausgangspunkt für die Konstruktion von neuen politischen Identitäten im allgemeinen und von parteipolitischen Identitäten im besonderen oder aber für die Verstärkung einer bereits existierenden Identität (Diamanti 2009, 21-22).

Wenn wir von diesen drei Dimensionen ausgehen, so lassen sich heute in der sozialen Wirklichkeit unterschiedliche relationale Verhältnisse zwischen Parteien und Territorium festmachen. Der soziale und organisatorische Transformationsprozess der Parteien hat zu einem progressiven Niedergang des Territoriums als Sitz der Organisation und des Aktionsradius der Parteien geführt. Demgegenüber steht der Aufstieg des Territoriums als Sitz der Regierung und als Quelle der Identität, die eingefordert und als Gegenposition zu den „anderen“ eingesetzt wird. Dieser Prozess kann für die Parteien zu einem weiteren Bedeutungsverlust des Territoriums führen, weil ihre Rolle als soziale Akteure „im Felde“ erodiert. Die Parteien nehmen umgekehrt Bezug auf das Territorium im Sinne einer identitätsstiftenden Symbolik zur Legitimation gegenüber anderen politischen Akteuren. Vielfach ist das Territorium aber nichts anderes als etwas rein Virtuelles, mehr ein Symbol als ein Aktionszentrum für die Parteien (ebd 23).

4. Regionale Identitäten

Der Trend zur Valorisierung von Räumen auf substaatlicher Ebene hängt stark mit dem neuen Trend nach regionaler Identität zusammen. Identität wird von objektivistischen Ansätzen her als objektiv vorausgesetzt angesehen, ist aber sozialwissenschaftlich gesehen eine soziale Konstruktion (Reiterer 2002, v. Beyme 2007, 34). Die Wiederentdeckung solch territorialer Identitäten hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab. Zum einen ist dieser Trend stark mit Prozessen der Entgrenzung und Globalisierung verbunden und der damit einhergehenden Ängste von Unübersichtlichkeit und Verlusten von (ökonomischen, kulturellen, sozialen usw.) Sicherheiten. Der regionale Raum wird den europäischen Zentralisierungstendenzen entgegensetzt, wird als neuer Zufluchtsort für Sicherheit und Geborgenheit gesehen. Wo die Bindungen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Realitäten erodieren (Weltanschauungen, soziale Netzwerke, Wirtschaft usw.), wächst die Sehnsucht nach Absicherung der eigenen Identität, nach Gemeinschaft, Selbstbestimmung, Überschaubarkeit, Möglichkeiten der direkteren Partizipation (Grasse 2005, 54-55), aber auch nach direkter, hierarchielosen Kommunikation.

Identität, speziell kollektive Identität, hängt mit Inklusion und Exklusion zusammen, mit Regeln der Zugehörigkeit und Ausgeschlossenheit, mit der dichotomischen Konstruktion von „wir“ und die „anderen“. Diesen sozialen Prozessen unterliegen auch regionale Identitäten, die sehr oft von Logiken der ethnischen und der Homogenität der Einstellungen, Verhaltensweisen, Überzeugungen und Lebensstile ausgehen. Solche Logiken beruhen auf einem Prozess, dem sich die Individuen stellen können: sie können sich angleichen bis hin zur Assimilierung, oder sie bleiben ausgeschlossen (Ipsen 1994). Außerdem sind diese Prozesse des Ein/Ausschlusses auch immer mit der Gefahr des Ethnonationalismus verbunden. Letztlich geht es aber immer um das Recht auf Anerkennung der eigenen Identität(en) (v. Beyme 2007, 34-35).

Bei den Prozessen zur Konstruktion von regionalen Identitäten spielen die politisch-administrativen EntscheidungsträgerInnen eine wesentliche Rolle. Von diesen hängt nämlich ab, mit welchen Mitteln und Zielen sie den „Stammesverwandtschaftsglauben“ produzieren (Weber 1980, 234-244) und wie sie ihre identitätsstiftende Schleusenwärterfunktion handhaben, die nach innen hin offen oder geschlossen sein kann und die nach außen hin dafür verantwortlich ist, welche Wahrnehmung die „anderen“ – außerhalb des Territoriums – vom

entsprechenden Territorium haben. Diese externen Wahrnehmungen (industrialisierte, touristische, freundliche, gefährliche usw. Region) haben wiederum Rückwirkungen und Einwirkungen auf die interne Wahrnehmung, die Akzeptanz und Identifizierung fördern oder erodieren kann. Und: je größer die Entscheidungskompetenzen einer Region sind, desto größer sind ihre Möglichkeiten für Initiierungs- Steuerungs- und Identifikationsprozesse.

Die Herausbildung, Festigung und Vertiefung einer territorialen Identität hängt weiters vom Faktor „Zeit“ und vom Faktor „Dichte“ ab. Der Faktor Zeit bedeutet, dass Identitätsprozesse einem ständigen Wandlungsprozess unterworfen sind und dass die Konstruktion von Identität eine aktive Konstruktion, eine diskursiv vermittelte politische Deutung der eigenen Geschichte ist (De Laurentis 1991). Die Aneignung von Vergangenheit erfolgt über eine bewusste Rekonstruktion eben dieser Vergangenheit, die als gemeinsame Identifikationsplattform dient. Die politischen Akteure spielen in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung.

Neben dem Faktor Zeit weist der Faktor „Dichte“ auf die Intensität und Konsistenz der Beziehungsstrukturen innerhalb einer Gesellschaft in einem bestimmten Raum hin. Karl W. Deutsch hat auf eine Reihe von „Flüssen“ hingewiesen, die eine regionale Integration wesentlich bestimmen. Solche „Flüsse“ sollten konsistent, vereinbar, schnell und bedeutsam sein. Je umfangreicher diese internen Transaktionen sind, um so eher verdichten diese die Integration eines Territoriums. Genauso wie gemeinsame Erfahrungen in der Vergangenheit integrativ wirken können, genauso kann es zu einer Verdichtung von Transaktionen kommen, wenn damit ein gesellschaftlicher Lohn verbunden ist. Der in Aussicht gestellte Lohn kann umso leichter erreicht werden, wenn, so Deutsch, weitere Voraussetzungen vorliegen, wie die Vereinbarkeit von Grundwerten, die Voraussehbarkeit des Verhaltens, der Bestand gewisser, nicht abgerissener Verbindungsglieder der sozialen Kommunikation, die Bereitschaft zur Ausweitung der Eliten sowie die Mobilität der Menschen (Deutsch 1972, 101-109). Von Beyme spricht in diesem Zusammenhang von drei Elementen, die die regionale Identität über die Zeit fördern können: die wirtschaftliche Lage der Region, das Aufbrechen (und die Befriedung) von Konflikten und die Stärke der regionalen Parteien, die das regionale Bewusstsein fördern (v. Beyme 2007, 39).

In all diesen Prozessen der Verdichtung, der Konstruktion und Dekonstruktion von territorialen Identitäten, des Ein- und des Ausschlusses spielen die politischen Akteure eine zentrale Rolle. Allein die

in den letzten Jahren steigende Anzahl von regionalen Parteien kann als Indikator dafür angesehen werden (Hough/Jeffery 2004, 49; De Winter/Gómez-Reino/Lynch 2006, Tronconi 2009). Deren Erstarken hängt zum Teil mit dem neuen Aufbrechen des alten Zentrum-Peripherie Konflikts zusammen (Lipset/Rokkan 1967), aber auch mit der schwindenden Integrationskraft der etablierten nationalen Parteien (Perspektive von „oben“) wie auch mit Gefühlen der „inneren Kolonialisierung“ (Hechter 1975) (Perspektive von „unten“). Die Erosion der großen politischen Subkulturen hat die großen Ideologien des 19. Jahrhunderts vielfach mit dem Territorium als identitären Bezugspunkt ersetzt.

Die starken ideologischen Bindungen sind zurückgegangen, wogegen die territorialen Identitäten geblieben und gewachsen sind. Es ist gerade diese „Ideologie des Territoriums“, die in vielen Ländern Ausgangspunkt für neue regionale Bewegungen ist. Diese bauen auf einer politischen Subkultur auf, in deren politischem Zentrum das regional umgrenzte Territorium als Antithese zum Nationalstaat steht. Der Einheitskultur des Staates wird eine Pluralität von politischen Kulturen gegenübergestellt. Das Territorium als physischer Raum erhält so eine entscheidende Bedeutung als primäre Quelle territorialer Identität, verbunden mit anderen kulturellen Elementen wie etwa Sprache, Traditionen, Lebenshaltungen usw. Das Territorium drückt eine bestimmte ideologische Orientierung aus, bestimmte Werte, Lebenshaltungen und Lebensstile, ist Ausdruck von Regeln des zivilen Zusammenlebens. Der Regionalismus transformiert Territorialität und Kultur in ein politisches Aktionsprogramm, (re)konstruiert regionale Identität durch eine spezifisch ausgeprägte Ideologie als einem Verschnitt von Traditionen, historischen Kontinuitäten, Mythen, Riten, Symbolen, Festen, Folklore usw (Caciagli 2003, 145-146).

5. Föderalismus und Identität

Föderalismus ist eine von mehreren möglichen staatlichen Organisationsprinzipien, der einige Mindestanforderungen verlangt, wie die Gliederung des Staates in territoriale Einheiten, die Teilnahme der Gliedstaaten an der Willensbildung des Zentralstaates, die finanzielle Eigenständigkeit sowie eigene Entscheidungskompetenzen der Gliedstaaten. Unter den zentralen Begründungen für den Föderalismus finden wir unter anderem ethische, demokratietheoretische, geographische, historische, ökonomische und ethnisch-soziale Argumente

(vgl. Sturm/Zimmermann-Steinhart 2005, 14-15), nicht aber explizit das Argument der Identität.

Dennoch scheint Föderalismus mit Identität eine ganze Menge zu tun zu haben. Klaus von Beyme etwa schreibt, dass der Föderalismus im 19. Jahrhundert nur in jenen Ländern sinnvoll zu sein schien, in denen kleinere Einheiten ihre Identität bewahren wollten. In früheren Zeiten sei eine solche Identität noch quasi naturhaft vorhanden gewesen, wie dies für die Schweiz oder die USA galt, aber die Modernisierung der Gesellschaft habe diese Vielfalt bedroht. In relativ einheitlichen Staaten, in denen sich die Territorien auf ihre Besonderheit besinnen, seien Fragen der Identität im Rahmen eines Differenzierungsföderalismus wieder bedeutsam geworden (v. Beyme 2007, 9). Solche Differenzierungsprozesse führen nicht selten zu einem asymmetrischen Föderalismus, weil sich auf einem Staatsgebiet unterschiedliche „Kulturen“ befinden können, die alle ihre Interessen und Bedürfnisse, vor allem aber ihre ganz besondere Identität wahren wollen, so konstruiert eine solche auch sein kann.

Im Rahmen der Föderalismusdiskussionen wurde Identitätspolitik mit der Förderung des regionalen Bewusstseins in Zusammenhang gebracht, wobei diese kleinräumige Identitätspolitik immer stark auf lebensweltliche Erfahrungen bezogen wurde und wird (Gerdes 1985). Identitätspolitik, so v. Beyme, verstärkt die asymmetrischen Beziehungen im Föderalismus, sofern die verschiedenen Gruppen nicht gleich groß oder gleich stark sind. Denn Identitätspolitik wird von den Gruppen gegen die territorial übergeordnete Ebene und in Abgrenzung zu den „anderen“ betrieben. Letztlich kämpft diese Politik für die Anerkennung von Besonderheiten der entsprechenden regionalen Gruppen (v. Beyme 2007, 28). Föderalen Systemen wird, wegen der Anerkennung und Akzeptanz von Verschiedenheit, ganz besonders zugetraut, ethnische, sprachliche, konfessionelle Minderheiten zu schützen und zu fördern.

Beim Föderalismus wird zu seiner Begründung zwar nicht explizit von Identität gesprochen, wohl aber implizit. Aus ethischer Sicht ist nämlich der Föderalismus eine besondere Form der Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips. Dieses Prinzip betont die maximale Selbstverantwortung und Entfaltung des Individuums sowie den Erhalt der Eigenverantwortlichkeit kleiner gesellschaftlicher Einheiten gegenüber dem Staat (Sturm/Zimmermann-Steinhart 2005, 15). Was kleinere und untergeordnete Gemeinwesen in Eigenverantwortung leisten können, sollte von übergeordneten Einheiten nicht übernommen werden. Für den Föderalismus bedeutet dies, dass der übergeordnete Bundesstaat

nur dann Aufgaben der Gliedstaaten übernehmen sollte, wenn diese dazu nicht imstande wären und somit ihren gesellschaftlichen und institutionellen Aufgaben nicht nachkommen könnten (vgl. Gamper/Bußjäger 2006).

In Verbindung mit dem Prinzip der Subsidiarität steht die Demokratie, zumal den Bürgern und Bürgerinnen zusätzliche Ebenen und Politikinhalt der politischen Partizipation offen stehen. Dazu werden direktdemokratische wie repräsentative Instrumente gezählt, zumal substaatliche Einheiten in föderalen Systemen mit einem Mehr an Zuständigkeiten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ausgestattet sind, worüber die Landesbürger und Landesbürgerinnen mitbestimmen können. Die föderale Gewaltenteilung garantiert so die Aufteilung der Macht im Staat und des Staates und nähert die Macht an die Bürger und Bürgerinnen.

Nähe und Partizipation scheinen in dieser Hinsicht zwei zentrale Schlüsselbegriffe zu sein. Die Überschaubarkeit, Vertrautheit und Sicherheit des und im regionalen Raum/es schafft Nähe zu und Identität mit den Institutionen wie zu/mit den politischen Akteuren, die mit den Bürgern und Bürgerinnen oftmals in eine direkte Kommunikation treten. Gesellschaftliche und politische Partizipation fördern diese Identifizierung mit dem „eigenen“ Land und mit den „eigenen“ Institutionen.

Schließlich erhebt sich auch noch die Frage nach der Effizienz. Der Föderalismus scheint diese zu fördern, weil dezentrale Organisationen schneller und präziser auf Veränderungen reagieren können als zentralstaatliche Entscheidungsträger. Außerdem werden, zumindest normativ betrachtet, die Probleme nahe am Bürger gelöst, was auch eine effiziente Kontrolle der Politik und eine bessere Kontrolle der Finanzen ermöglicht (Widmer-Schlumpf 2008). Allerdings sind neuere Studien in dieser Hinsicht etwas bescheidener und fragen lieber, bis zu welchem Grad der Föderalismus funktional sei (v. Beyme 2007, 210).

Ungeachtet der kontroversiellen Einschätzung von Effizienz wird behauptet, dass beispielsweise die Ressource Sozialkapital die gesellschaftliche Entwicklung fördern würde, höhere Wachstumsraten hervorbringe und sich dies wieder positiv auf die Mitglieder in föderativ gegliederten Regionen auswirke (Bußjäger 2008).

Nähe und Partizipation, Überschaubarkeit des regionalen Raums und Sicherheit in diesem Raum haben das Image des Föderalismus verbessert (v. Beyme 2007, 217). Die Identitätspolitik hat ihren Teil dazu beigetragen.

6. Einflussfaktoren regionaler Identitätsbildung in Österreich

Regionale Identitäten und Föderalismus sind immer wiederkehrende, längst fest verankerte Topoi, die in Österreich in erster Linie auf Länderebene einen festen Platz im öffentlichen Diskurs einnehmen. Dabei ist der österreichische Föderalismus, speziell die Bund-Länder-Beziehungen, von einer Reihe von Faktoren geprägt, die sich in mehr oder weniger starkem Maße auf das Selbstverständnis der Länder und damit zusammenhängend auch auf die Landesidentität auswirken. Mit Fallend (2010, 5 ff) sind das: ethnische Faktoren, Regionalismus, ökonomisch-fiskalische Ungleichgewichte, Parteien sowie der Einfluss der Europäischen Union (Tab 1):¹

Tabelle 1: Treibende Kräfte der Bund-Länder-Beziehungen

Faktoren	Grad des Einflusses
Ethnische Faktoren	sehr schwach
Regionalismus	eher schwach
Ökonomisch-fiskalische Ungleichgewichte	eher stark
Parteipolitik	sehr stark
Europäische Union	sehr stark

Quelle: Fallend 2010, 5.

Ethnische Faktoren spielen so gut wie keine Rolle; auch die Ausnahme Kärnten („Ortstafelstreit“) ist primär als künstlich genährte parteipolitische Profilierungsarena zu sehen. Weiters ist auch der Regionalismus², jedenfalls in der Form von Auflehnung gegen „Fremdbestimmung“, nur schwach ausgeprägt. Relevanter ist dagegen die ökonomisch-fiskalische Dimension als Konfliktquelle zwischen Bund und Ländern ebenso wie auch den Ländern untereinander. Sehr stark ist in Österreich – so wie in einer Reihe weiterer Länder (ua Deutsch-

¹ In international vergleichender Perspektive siehe dazu auch v. Beyme (2007) 220 ff; zu Österreich Karhofer (2010).

² Aus politikwissenschaftlicher Sicht bezeichnet Regionalismus „eine politische Bewegung, die auf der Basis regional abgrenzbarer Kulturbezüge, einer spezifischen politischen Regionalgeschichte und materiell-ökonomischer Interessenkonflikte mit anderen Regionen [...] entweder Protest gegen fremdbestimmte Benachteiligungen oder Autonomiebestrebungen gegenüber einer übergeordneten Entscheidungsebene ausdrücken will“ (Stichwort „Region/Regionalismus“ in: Nohlen (2005) 847).

land, Schweiz, USA und Kanada, um nur einige zu nennen) – der Einfluss der Parteien als integrative Klammer³ für den Zusammenhalt des Bundesstaates. Und ebenfalls groß ist in Österreich (so wie auch in der anderen europäischen Föderationen) der Einfluss der Europäischen Union (ausführlich dazu Fallend 2010, 5 ff).

Wenn auch Österreich ein unitarischer Bundesstaat – im Sinne von flächendeckend gleich geregelten Lebensverhältnissen – ist, so schließt das natürlich im Bundesländervergleich Unterschiede nicht aus. Zu nennen sind hier zum einen das Phänomen der faktischen Asymmetrie bei gegebener formaler Symmetrie und zum zweiten historisch und regional geprägte Unterschiede der Landesidentitäten.

6.1. Symmetrie und Asymmetrie

Typologisch erfüllt Österreich die Kriterien eines symmetrischen Föderalismus: Die Länder verfügen über die gleichen Rechte und sind mit den gleichen Kompetenzen im Verhältnis zum Bund ausgestattet. Allerdings schließt die formale Symmetrie faktische Asymmetrien nicht aus, namentlich bei der Rekrutierung von Eliten der Bundespolitik. Die Landesparteien sind integriert in den vertikalen Aufbau der Bundesparteien. Auf die Bundespartei nehmen sie in verschiedener Weise Einfluss. Von zentraler Bedeutung sind erstens die Nominierung des Großteils der Kandidaten für die Nationalratswahllisten durch die Landesorganisationen und zweitens die Präsenz der Spitzenvertreter der Landespartei in den Entscheidungsgremien der Bundespartei. Das Ausmaß des Einflusses richtet sich dabei nach der Größe des Bundeslandes. Für die beiden Großparteien bringt Dachs es auf den Punkt – für die SPÖ stellt er fest: „Wien und Niederösterreich geben den Ton an“; für die ÖVP: „Die Bünde und Niederösterreich haben das Sagen“ (Dachs 2003, 92). Damit verkörpern die beiden größten Bundesländer die Zentren der Elitenrekrutierung – beispielsweise kommen fast alle Bundeskanzler der Zweiten Republik aus Niederösterreich und Wien. In Deutschland, zum Vergleich, stellte kein Bundesland mehr als einmal den Kanzler. „Die Probleme der Elitenauswahl an der Schnittstelle von Bundes- und Landespolitik“ liegen dort „eher darin, dass gestaltungswillige und machtbewusste Personen vom Länderparlamentarismus wenig angezogen werden“ (v. Beyme 2007, 72 f). Die Dominanz von Niederösterreich und besonders Wien ist Quelle einer latent kritischen Grundstimmung in den anderen Ländern, oft verbunden mit

3 Siehe dazu v. Beyme (2007) 255.

Klagen, dass in der aktuellen Regierung kein Tiroler, Salzburger usw. vertreten sei. Im Vergleich dazu lässt sich in Deutschland beim größten Bundesland Nordrhein-Westfalen kein von den übrigen Ländern abweichender besonderer Status ausmachen (ebd).

6.2. West-Ost-Gefälle

Regionale Identität (nicht zu verwechseln mit Regionalismus, wie oben dargelegt) ist in Österreich, anders als etwa in Deutschland, weitgehend deckungsgleich mit Landesidentität. Zwar ist es im Laufe der Geschichte auch dort den Ländern gelungen, „ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Bürger zu erzeugen“⁴, was aber nichts daran ändert, dass die deutschen Länder „aus historischer Sicht weitgehend Kunstgebilde“ sind (Sturm 2003, 119). Unterhalb der politischen Einheiten lebt ein landesinterner Regionalismus mit historisch-kulturell begründeter Identitätsbildung fort, von Friesland über Kurpfalz bis Baden und Franken (ebd, 120), den es in Österreich nicht gibt.

Teilweise fußt die Landesidentität in Österreich auf Jahrhunderte zurückreichenden Traditionen, namentlich in Salzburg, Tirol und Vorarlberg (Palme 2000). Im Ländervergleich weisen Salzburg, Tirol und Vorarlberg die am stärksten ausgeprägte Landesidentität der Bürger auf. Hier fühlen sich die Bürger mit zwischen 32 und 39 Prozent ihrem Bundesland verbunden, während der Durchschnittswert für die übrigen Bundesländer bei 25 Prozent liegt. Es gibt also regionale Mentalitätsdifferenzen, wobei Plasser/Ullram (2003) aber zum Befund kommen, dass diese überdurchschnittliche Bindung langfristig rückläufig ist (Tab 2).

4 Etwa erinnert der von der SPD in Nordrhein-Westfalen verwendete Wahlkampfslogan „Wir in NRW“ an das von der ÖVP Tirol in den 90er Jahren verwendete „Wir Tiroler“.

Tabelle 2: Emotionale Verbundenheit mit dem Bundesland

„Jeder Mensch fühlt sich einer Gemeinde, einer Gegend, einem Land etc besonders verbunden. Wie sehen Sie das? Fühlen Sie sich in erster Linie als ...?“ (in %)	Heimatort/ Region	Bundes- land	Öster- reich	andere Angaben
Salzburg	34	39	42	16
Vorarlberg	34	36	37	30
Tirol	50	32	30	17
Wien	15	32	30	17
Kärnten	37	29	45	17
Steiermark	39	26	47	14
Burgenland	46	25	53	22
Oberösterreich	51	18	46	14
Niederösterreich	45	15	56	12
Österreich gesamt	38	25	48	17

Quelle: Plasser/Ulram (2003) 433 (Daten aus 2001). Im Fall Wien erklärt sich der niedere Wert „Heimat/Region“ mit dem Umstand, dass das gesamte Bundesland auch als Gemeinde zu begreifen ist.

Komplementär zur Landesidentität ist das Österreichbewusstsein im Westen geringer als in den östlichen Bundesländern. Vor allem in Tirol war es nie besonders stark ausgeprägt. Dafür gibt es zum einen historische Gründe, zum anderen, jüngeren Datums, die ökonomisch stärkere Ausrichtung nach dem Norden, Süden und Westen als nach dem Osten. „Die Tiroler Identität“, merkt Gehler an, „kann nur in eingeschränktem Maße als Beitrag zur österreichischen Identitätsbildung begriffen werden, zumal sie sich an dieser zu reiben, ja sich dieser zu widersetzen oder gegen sie aufzulehnen versuchte“ (Gehler 1998, 251). Analytisch schwer fassbar und in vieler Hinsicht diffus, ist die Tiroler Identität ein „flexibles Konstrukt“ (Gehler 1998, 248), dessen konservativ-beharrende, zugleich aber auch anpassungsfähige Prägekraft bis heute fortwirkt. Es lebt nicht zuletzt auch von den verschiedensten „Varianten der Spielformen auf dem Klavier der latenten und jederzeit aktivierbaren Anti-Wien-Ressentiments in der Tiroler Politik“ (ebd). Die traditionelle Stärke der VP in Tirol erklärt sich daraus: Sie wird praktisch konkurrenzlos mit der um die Eckpunkte Landeseinheit,

historisches Erbe und Betonung der Eigenständigkeit gegenüber Wien kreisenden Tiroler Identität verbunden.

Ähnlich wie mit Tirol, aber mit Bezug zum, wie Barnay es nennt, „Alemannenmythos“ verhält es sich mit Vorarlberg: „Wenn man Vorarlberg überhaupt einen Beitrag zum Selbstverständnis der Zweiten Republik zusprechen kann, dann ist es wohl der aktive Einsatz für einen föderalistischen Bundesstaat, in dessen Rahmen die Länder ein größeres Gewicht haben als bisher“ (Barnay 1998, 277). Zu erinnern ist dabei etwa auch an die Anschlussbestrebungen an die Schweiz nach dem Ende der Monarchie. Heute ist die Westorientierung Vorarlbergs durch seine verkehrsgeographische Nähe zu Metropolen wie München und Zürich bestimmt, die offenkundig Vorrang vor den Gemeinsamkeiten mit anderen westösterreichischen Bundesländern hat. Beispielsweise verließ Vorarlberg 1993 den Viererlandtag mit Tirol, Südtirol und Trentino und bekräftigte seinen Status als Teil und Kernland der Euregio Bodensee (ebda). Die Identitätsbildung gründet sich in diesem Fall auf funktionale und nicht auf historisch-kulturelle Gemeinsamkeiten.

Ob reflexhaft oder auch gezielt, in den westlichen Bundesländern kommen gerade bei Landtagswahlen fast routinemäßig kritische Aussagen gegenüber der Bundespolitik und durchaus auch gegenüber der eigenen Bundespartei zum Einsatz; ein „antizentralistischer Effekt“, der wie Nick/Traweger feststellen, als eine Art „Bindemittel“ dient, auf den insbesondere die ÖVP in Tirol und Vorarlberg gerne zurückgreift (Nick/Traweger 1996, 119 f). Gestützt wird der Antizentralismus durch die Langzeiterfahrung, dass in der Bundespolitik, wie v. Beyme in seiner international vergleichenden Studie über Föderalismus und regionales Bewusstsein festhält, dem „Wasserkopf Wien eine gewisse Dominanz in der Elitenauswahl“ (v. Beyme 2007, 73) zukommt.

Einen speziellen Fall im Spektrum der Bundesländer stellt Kärnten dar: „In der Frage der Loyalität zum Land sind sich die Kärntner über alle politischen, weltanschaulichen und sogar nationalen Grenzen hinweg einig. Jene Stellen der politischen Kultur, die anderswo durch Religion oder Ideologie besetzt sind, werden in Kärnten von den Werten ‚Landesbewusstsein‘ und ‚Heimattreue‘ ausgefüllt“ (Rumpler 1998, 141). Historische Grundlage der Landesidentität ist die bis 976, zum römisch-deutschen Herzogtum Kärnten zurückreichende Landesgeschichte (mit Stolz wurde 1995, anlässlich der Feiern zu „1000 Jahre Österreich“, betont, dass Kärnten älter ist als Österreich). Prägend für die Landesidentität und auslösend für eine gewisse Entfremdung vom Gesamtstaat waren die Jahre 1918-20, als eine Stimmung entstand, bei

Abwehrkampf und Volksabstimmung von Österreich „im Stich gelassen, wenn nicht verraten“ worden zu sein (ebd 146). Das schwierige Verhältnis zwischen dem Land Kärnten und dem Bund, die Diskrepanz zwischen Landes- und Staatsbewusstsein entschärfte sich erst in der Zweiten Republik wieder.⁵ Wenn es überhaupt irgendwo in Österreich möglich war, dass sich auf Länderebene eine Regionalpartei formiert – die 2010 in (stark konstruierter) Anlehnung an das Modell der CSU gegründete und möglicherweise kurzlebige Freiheitliche Partei Kärnten –, dann eben in diesem Bundesland.

Das gerade Gegenstück zu den westlichen Bundesländern – und auch Kärnten – verkörpert Niederösterreich, wo die Herausbildung einer erkennbaren Landesidentität deutlich jüngeren Datums ist. Das Land hat erst seit 1965 eine eigene Landeshymne; zur Abstützung der nicht ohne Schwierigkeiten und Rückschläge geschaffenen Landesidentität wurde 1976 ein „Niederösterreich-Fonds“ ins Leben gerufen, dessen eine unter anderen Aufgaben es war, das „niederösterreichische Landesbewusstsein zu stärken“ (Bruckmüller 1998, 109 f).

Hier wie dort aber sind die zentralen Akteure der Identitätsstiftung, abgesehen von den diversen Traditionsverbänden mit folkloristischem Hintergrund, die Parteien und, im engeren Sinne, die Landesregierungen, oft personifiziert durch die Landeshauptleute.⁶ Legendar ist etwa der Spruch des ehemaligen Tiroler Landeshauptmanns Wendelin Weingartner: „Wir Tiroler sind nichts Besseres, aber etwas Besonderes sind wir schon“ (zit nach Gehler 1998, 203). Dennoch, die Beschwörung einer spezifischen steirischen, salzburgischen, oberösterreichischen usw Landesidentität, unverzichtbar bei Landtagswahlkämpfen und Festanlässen und häufig unterlegt mit gegen den Bund gerichteter, anti-zentralistischer Kritik, kann die Erosion gerade der symbolbeladenen Elemente von Landesidentität nicht verhindern. Selbst in Vorarlberg sind „einige der früher gängigen Elemente des Landesbewusstseins in den Hintergrund gedrängt worden“ (Barnay 1998, 276).⁷

5 Siehe dazu den Projektbericht des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung (BIK) „Geschichte der Steiermark und Kärntens im 20. Jahrhundert (http://www.bik.ac.at/projekte/projekte_stmk_ktn.htm, abgerufen am 03.03.2010).

6 Vgl zB für die Steiermark anlässlich einer Buchpräsentation (Ableitinger et al 2000): „Die Landeshauptleute verkörpern steirische Identität“, Landespressedienst, Juni 2000.

7 Die deutschsprachigen Südtiroler sind in diesem Zusammenhang als spezieller Fall zu sehen. Niemals zu einem österreichischen Nationalstaat gehörig, hatten sie stattdessen über lange Zeit eine exklusive regionale Tirol-Identität (Keating 2007, 36 f). Heute gehen die Versuche der Identitätsbildung in die Richtung Europa-region.

Landesidentität besteht zumeist nur mehr aus „Stereotypen“, wenn auch „regionale Mentalitäten weiterhin als historische Makrovariable“ erhalten bleiben (Plasser/Ullrich 2003, 421). Das alles schließt aber nicht aus, dass die Region – in Österreich: das Bundesland – als Bezugspunkt sogar einen Bedeutungszuwachs erfährt. Mit Blick auf die Ausweitung interregionaler Kooperation im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration, verbunden mit Steuerungsverlusten des Zentralstaates, registriert Sturm sogar eine Renaissance des Regionalismus. Allerdings sei dieser Regionalismus primär einer wirtschaftspolitischen Instrumentalisierung zuzuschreiben: „Regionale Identität wird zum Mittel von Politik, als politisch-strategisches Ziel spielt der Erhalt regionaler Identität [...] nur eine folkloristische Nebenrolle“ (Sturm 2003, 123).

Literaturverzeichnis

- Ableitinger, Alfred/Hösele, Herwig/Mantl, Wolfgang, Die Landeshauptleute der Steiermark (2000), Graz-Wien-Köln, Styria
- Arena, Gregorio, Cittadini attivi. Un altro modo di pensare l'Italia, Roma-Bari (2006), Laterza
- Bachmann-Medick, Doris (Hg), Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften (2009), Hamburg, Rowohlt
- Barnay, Markus, Vorarlbergs Sonderfahrt durch die 2. Republik, in: Kriechbaumer, Robert (Hg), Liebe auf den zweiten Blick. Landes- und Österreichbewußtsein nach 1945 (1998), Wien, Böhlau, 261-277
- Benz, Arthur/Crow, Kimberly/Holtmann, Everhard, Regionen und regionale Politik – eine Einführung, in: Benz, Arthur/Holtmann, Everhard (Hg), Gestaltung regionaler Politik. Empirische Befunde, Erklärungsansätze und Praxistransfer (1998), Opladen, Leseke+Budrich, 15-32
- Beyme, Klaus von, Föderalismus und regionales Bewusstsein. Ein internationaler Vergleich (2007), München, Beck
- Beyme, Klaus von, Föderalismus und Identitätspolitik, in: Jahrbuch für Föderalismus 2008. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa (2008), hg vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Baden-Baden, Nomos, 31-50
- Bruckmüller, Ernst, Österreichbewußtsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren (1994), Wien, Signum
- Bundschuh, Werner, Mentalität, Identität, Integration, in: Mathis, Franz/Weber, Wolfgang (Hg), Vorarlberg. Zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit (2000), Wien, Böhlau, 201-219
- Bußjäger, Peter (Hg), Sozialkapital, regionale Identität und Föderalismus (2008), Wien, Braumüller
- Caciagli, Mario, Regioni d'Europa. Devoluzioni, Regionalismi, integrazione europea (2003), Bologna, il Mulino
- Crang, Michael A./Thrift, Nigel (Hg), Thinking Space (2000), London/New York, Routledge

- Dachs, Herbert, Politische Parteien in Österreichs Bundesländern – zwischen regionalen Kalkülen und bundespolitischen Loyalitäten, in: ders (Hg), *Der Bund und die Länder. Über Dominanz, Konflikte und Kooperation im österreichischen Bundesstaat* (2003), Wien, Böhlau, 69-138
- De Lauretis, Teresa, The essence of the Triangle or, Taking the Risk of Essentialism Seriously, *Feminist Theory in Italy, U.S. and Britain*, in: *Difference* (1991), vol. 1, no. 2
- De Winter, Lieven/Gómez-Reino, Margarita/Lynch, Peter (Hg), *Autonomist Parties in Europe, Identity, Politics and the Revival of the Territorial Cleavage* (2006) (ICPS, Bd 2), Barcelona, Aleu, S.A.
- Deutsch, Karl W., *Der Nationalismus und seine Alternativen* (1972), München, Piper
- Diamanti, Ilvo, *Mappe dell'Italia politica. Bianco, rosso, verde, azzurro...e tricolore* (2009), Bologna, il Mulino
- Döring, Daiva, *Regionalismus in der Europäischen Union* (1999), Berlin, Verlag für Wissenschaft und Forschung
- Fallend, Franz, Vom Konsens zum Konflikt? Treibende Kräfte, Entscheidungsmuster und aktuelle Entwicklungen der Bundesländer-Beziehungen in Österreich, in: Bußjäger, Peter (Hg), *Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern* (2010), Innsbruck, Braumüller, 1-18
- Gamper, Anna/Bußjäger, Peter, Subsidiarität anwenden. Regionen, Staaten, europäische Union/La Sussidiarietà Applicata. Regioni, Stati, Unione Europea (2006), (Institut für Föderalismus, Bd 98), Wien, Braumüller
- Gehler, Michael, „Wir Tiroler sind nichts Besseres, aber etwas Besonderes sind wir schon.“ Aspekte der politischen Identitätsbildung in Tirol 1945-1995, in: Kriechbaumer, Robert (Hg), *Liebe auf den zweiten Blick. Landes- und Österreichbewußtsein nach 1945* (1998), Wien, Böhlau, 203-260
- Gerdes, Dirk, *Regionalismus als soziale Bewegung. Westeuropa, Frankreich, Korsika. Vom Vergleich zur Kontextanalyse* (1985), Frankfurt am Main, Campus
- Grasse, Alexander, *Modernisierungsfaktor Region, Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien* (2005), Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften

- Hechter, Michael, *Internal Colonialism, The Celtic Fringe in British National Development, 1536-1966* (1975), Berkeley, University of California Press
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie, *Wahlverhalten und Parteienwettbewerb in regionalisierten Staaten*, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung* (Hg), *Jahrbuch des Föderalismus 2004, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa* (2004), Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 49-66
- Ipsen, Detlev, *Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie*, in: Lindner, Rolf (Hg), *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität* (1994), Frankfurt/New York, Campus, 232-254
- Karlhofer, Ferdinand, *Westösterreich, Parteien, Wahlen und Regierungssysteme im bundesstaatlichen Kontext*, in: Bußjäger, Peter/Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther (Hg), *Die Besten im Westen? Die westlichen Bundesländer und ihre Rolle seit 1945* (2008) (Institut für Föderalismus/Schriftenreihe Politische Bildung, Bd 7), Innsbruck, Braumüller, 35-57
- Karlhofer, Ferdinand, *A federation without federalism? Zur Realverfassung der Bund-Länder-Beziehungen*, in: Bußjäger, Peter (Hg), *Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern* (2010), Innsbruck, Braumüller, 131-146
- Keating, Michael, *The New Regionalism in Western Europe, Territorial Restructuring and Political Change* (1998), Aldershot, Edward Elgar
- Keating, Michael, *Regionalism in the Alps. Subnational, Supranational, and Transnational*, in: Caramani, Daniele – Mény, Yves (Hg), *Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region* (2005) (Regionalism & Federalism, No. 6), Bruxelles, Peter Lang, 53-69
- Keating, Michael, *Federalism and the balance of power in European states* (2007), unpublished paper, University of Aberdeen
- Kohr, Leopold, *Einigung durch Teilung – Gegen nationalen Wahn, für ein Europa der Kantone*, in: *Salzburger Gespräche 1992. Europa wächst zusammen – und alles bleibt beim alten?* (1993), hg von der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V. München und der Leopold-Kohr-Akademie, Land Salzburg, München, Bayerische Akademie, 43-50

- Kröcher, Uwe, Die Renaissance des Regionalen. Zur Kritik der Regionalismuseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft (2007), Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot
- Lippuner, Roland/Lossau, Julia, In der Raumfalle. Eine Kritik des spatial turn in den Sozialwissenschaften, in: Mein, Georg/Rieger-Ladich, Markus (Hg), Soziale Räume und kulturelle Praktiken. Über den strategischen Gebrauch von Medien (2004), Bielefeld, Transcript Verlag, 47-64
- Lipset, Seymour Martin/Stein, Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignment, An Introduction, in: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hg), Party Systems and Voter Alignment (1967), New York, Free Press, 1-64
- Löw, Martina (Hg), Raumsoziologie (2001), Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Löw, Martina/Sturm, Gabriele, Raumsoziologie, in: Kessler, Fabian ua (Hg), Handbuch Sozialraum (2005), Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften
- Lossau, Julia/Lippuner, Roland, Geographie und spatial turn, in: Erdkunde (2004), Heft 3, 201-211
- Nick, Rainer/Traweger, Christian, Gegen den Trend. Wählerverhalten in Tirol und Vorarlberg, Nationalratswahl 1995 (1996), Studia
- Nohlen, Dieter, Lexikon der Politikwissenschaft, Theorien, Methoden, Begriffe (2005), München, Beck
- Palme, Rudolf, Die Identität der Länder aus der Geschichte der Landtage, in: Pernthaler, Peter/Schreiner, Helmut (Hg), Die Landesparlamente als Ausdruck der Identität der Länder (2000) (Institut für Föderalismus, Bd 77), Wien, Braumüller, 29-46
- Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A., Regionale Mentalitätsdifferenzen in Österreich. Empirische Sondierungen, in: Dachs, Herbert (Hg), Der Bund und die Länder. Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat (2003), Wien, Böhlau, 421-440
- Pütz, Marco (Hg), Regional Governance. Theoretisch-konzeptuelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München (2004), München, Oekom Verlag

- Reiterer, Albert F., Postmoderne Ethnizität und globale Hegemonie (2002), Frankfurt/M., Peter Lang
- Rumpler, Helmut, in: Kriechbaumer, Robert (Hg), Liebe auf den zweiten Blick, Landes- und Österreichbewußtsein nach 1945 (1998), Wien, Böhlau, 141-148
- Schroer, Markus (Hg), Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raumes (2006), Frankfurt/M., Suhrkamp
- Scott, Allan J., Regions and the World Economy. The Coming Shape of Global Production, Competition, and Political Order (1998), Oxford, Oxford University Press
- Sturm, Roland, Föderalismus und Regionalismus, in: Jesse, Eckhard/ Sturm, Roland (Hg), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich (2003), Opladen, Leske+Budrich, 113-138
- Sturm, Roland/Zimmermann-Steinhart, Petra, Föderalismus. Eine Einführung (2005), Baden-Baden, Nomos
- Storper, Michael, The regional world. Territorial development in a global economy (1997), New York/London, Guilford Press
- Tronconi, Filippo, I partiti etnoregionalisti. La politica dell'identità territoriale in Europa occidentale (2009), Bologna, Il Mulino
- Türsan, Huri, Ethnoregionalist parties as ethnic entrepreneurs, in: De Winter, Lieven/Huri, Türsan (Hg), Regionalist Parties in Western Europe (1998), London/New York, Routledge, 1-16
- Twele, Cord/Lesch, Matthias/Bull, Andreas (Hg), Innovative Regionalentwicklung (2005), Lohmar, Josef Eul Verlag
- Voigt, Rüdiger, Weltordnungspolitik (2005), Bielefeld, Verlag für Sozialwissenschaften
- Warf, Barney/Arias, Santa (Hg), The Spatial turn. Interdisciplinary perspectives (2009), London, Routledge
- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie (1980), hg von Johannes Winckelmann, Tübingen, 5. Auflage, Mohr
- Werlen, Benno (Hg), Sozialgeographie (2000), Bern, Paul Haupt Verlag
- Widmer-Schlumpf, Eveline, Lebendiger Föderalismus – Standortvorteil für Menschen und Unternehmen (2008), Baden, 28.3.2008 <http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/red/2008/2008-03-28.html> (19.2.2010)

Zeitler, Klaus, Raumbezogene Identität – ein Entwicklungsfaktor für den ländlichen Raum? Eine soziologische Analyse der Determinanten und Inhalte ländlicher Raumentwicklung, in: Staffler, Franz ua (Hg), Angewandte Sozialgeographie (2001), Augsburg, Selbstverlag, Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie an der Universität Augsburg

Zwischen Föderalismus und Unitarismus

– das föderalistische Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher nach der Föderalismusumfrage 2009

1. Föderalistisches Bewusstsein und Staatsstruktur

Dem österreichischen Föderalismus wird in der Literatur zugeschrieben, ein System zu sein, das stark unitarisch geprägt ist, nicht zuletzt deshalb, weil die grundsätzliche Bejahung der Existenz des Föderalismus mit einer unitarischen Grundhaltung der Bevölkerung kontrastiert. Mit anderen Worten: Die Österreicherinnen und Österreicher stehen nach dieser These zur Existenz der Länder, stehen aber der rechtlichen Differenzierung zwischen den Landesrechtsordnungen, die ja die Essenz des Föderalismus darstellt, kritisch gegenüber. Daraus ergibt sich das „Paradoxon des zentralistischen Bundesstaates“ (Gamper)¹. Föderalismus ist für die Österreicher etwas „fürs Gemüt“ (Wiederin)², der Bundesstaat geriert so zu einem „mental Problem“ (Bußjäger)³. Zu guter Letzt wird Österreich im internationalen Diskurs daher als eine „Federation without Federalism“ (Erk)⁴ bezeichnet.

Die Tendenz zum unitarischen Bundesstaat ist freilich nicht auf Österreich beschränkt. Der Begriff wurde ja schließlich für die Befindlichkeit des deutschen Föderalismus geprägt (Hesse)⁵. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ist in Österreich im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz normativ bisher nicht als Bundesstaatsziel verankert, scheint aber im Bewusstsein der Österreicherinnen und

1 Gamper, Das Paradoxon des zentralistischen Bundesstaates, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hg), Jahrbuch des Föderalismus 2000 (2000) 251 ff.

2 Wiederin, Bundesstaat neu, in: Österreichische Juristenkommission (Hg), Der Österreich-Konvent. Zwischenbilanz und Perspektiven (2004) 58.

3 Bußjäger, Der sklerotische Bundesstaat, Zeitschrift für Politik 2002, 149-170.

4 Erk, Austria: A Federation without Federalism?, Publius 2004/1, 20.

5 Hesse, Der unitarische Bundesstaat (1962).

Österreicher insoweit ausgeprägt zu sein, als Differenzierungen durch bundesstaatliche Regelungen zunehmend kritischer gesehen werden.⁶

Ein derartiger Antagonismus zwischen grundsätzlicher Bejahung des Bundesstaates und Ablehnung der sich daraus ergebenden Differenzierung bedeutet für die Bundesstaatlichkeit eine latente Gefahr der Delegitimation. Von umso größerem Interesse ist es daher, ob die angesprochenen Thesen in der empirischen Realität Bestätigung finden.

Für Österreich kommt hinzu, dass das regionale Identitätsbewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher allgemein als relativ hoch betrachtet wird, was jedoch bisher kein Hindernis einer immer stärkeren Unitarisierung war. Zumindest wird die identitätsstiftende Wirkung des Föderalismus immer wieder beschworen. Einer engen Verbundenheit mit dem „Land“ als – neben anderen Kategorien, wie insbesondere der Gemeinde – Identitätsanker steht eine paradoxe Tendenz der Entdifferenzierung entgegen, die gerade auf die Einebnung der Unterschiede zwischen den Ländern gerichtet ist. Mit anderen Worten: Das „Land“ als solches steht als Begriff bei den Bürgerinnen und Bürgern relativ hoch im Kurs, die Länder sehen sich indessen einer ständigen Zentralisierung gegenüber.

Die These vom hohen regionalen Identitätsbewusstsein wird etwa durch Umfragen zum Institutionenvertrauen untermauert, in welchen die Landesregierungen unter der Bevölkerung deutlich höheres Vertrauen genießen als die Bundesregierung.⁷ Zum bisherigen Forschungsstand wird im Übrigen auf die Ausführungen von Pallaver/Karlhofer im vorangegangenen Beitrag verwiesen.

2. Bertelsmann-Umfrage 2008 in Deutschland⁸

Durch die Bertelsmann-Umfrage 2008 in Deutschland sollte – im aktuellen Kontext der Föderalismusreform – erhoben werden, wie die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich den Föderalismus wahrnehmen, um aus den daraus resultierenden Erkenntnissen Reformansätze ableiten zu können.

6 Nicht ganz zu Unrecht verweist *Wiederin*, Bundesstaat neu 57 f, auf die Ergebnisse der Hearings der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Österreich-Konvent, in welchen teilweise mit Vehemenz bundeseinheitliche Regelungen in den verschiedensten Bereichen eingefordert worden waren.

7 Siehe etwa die Umfrage von Market vom 19. bis 20.01.2010, MA 566.1001.P4.O.

8 *Bertelsmann-Stiftung*, Bürger und Föderalismus 4 ff.

Grundsätzlich sollten Antworten auf folgende Fragenkomplexe gefunden werden:

Gibt es ein föderales Leitbild der Bürger? Wie äußert sich dieses? Wie wird die relative politische Bedeutung der Bundesländer beurteilt?

Die Umfrage setzte sich aus drei Abschnitten zusammen. Im ersten Abschnitt sollte dargelegt werden, in welchem Ausmaß sich die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich mit der Ebene der Bundesländer identifizieren und wie sie deren Verhältnis zu anderen Ebenen, wie den Bund, die EU und die Kommunen, einschätzen. Der zweite Abschnitt sollte Aufklärung darüber bringen, wie die Bürgerinnen und Bürger das Verhältnis der Bundesländer untereinander betrachten. Schließlich sollte im dritten Abschnitt anhand des Themengebietes des finanziellen Föderalismus Aufschluss darüber gegeben werden, wie die Bürgerinnen und Bürger ihre normativen Vorstellungen in einen realpolitischen Kontext transferieren.

Die Studie wurde zwischen Oktober und Dezember 2007 durchgeführt. 4015 telefonische Interviews wurden bundesweit durchgeführt; als Probanden wurden Personen gewählt, die zu diesem Zeitpunkt mindestens 18 Jahre alt waren. Um die Einschätzung von Bürgerinnen und Bürgern jedes Bundeslandes zu erhalten, wurden 16 einzelne Länderbefragungen an jeweils 250 bzw 251 Personen durchgeführt. Allfällige Verzerrungen wurden durch Umrechnungen kompensiert.

Kurz gefasst lauten die Ergebnisse wie folgt:

- 25% der Bürgerinnen und Bürger halten die Bundesländer für überflüssig.
- Grundsätzlich identifizieren sich die Bürgerinnen und Bürger zunächst mit ihrer Stadt bzw Gemeinde, dann mit dem Bund und dann mit der EU. Die Bundesländer werden kaum genannt.
- 88% der Befragten zogen den Solidaritätsgedanken zwischen den Ländern dem Wettbewerbsgedanken vor.
- Der Wunsch, dass die Bundesländer in Zukunft eine stärkere Position beziehen sollen, wird kaum genannt – hingegen wird eine Stärkung der Kommunen, des Bundes und der EU präferiert.
- 74% sprechen sich bundesweit für die Beibehaltung des Länderfinanzausgleichs aus.
- Hingegen wünscht sich die große Mehrheit bundesweit einheitliche Steuersätze und Standards in Bildungseinrichtungen.

Zusammenfassend kann Folgendes festgestellt werden:

Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich stark mit ihrem nächsten Umfeld, den Kommunen, sowie mit dem Bund und der EU. Die Ebene der Bundesländer ist diesbezüglich subsidiär. Weiters konnte festgestellt werden, dass bezüglich der benachbarten Bundesländer der Wunsch nach Solidarität den nach Wettbewerb bei weitem überwiegt. Außerdem wurde offensichtlich, dass der Bund bezüglich der Interessenvertretung in der EU sowie bei Standardisierungen großes Vertrauen genießt. In den inhaltlichen Fragen zeigte sich, dass die Bürgerinnen und Bürger entweder uninformatiert oder durch die komplexen Kausalitätszusammenhänge überfordert sind.

3. Föderalismusumfrage 2009 in Österreich

Das Ziel des Projekts bestand in der Erhebung des regionalen Identitätsbewusstseins der Österreicherinnen und Österreicher und ihr Verhältnis zum Föderalismus. Es sollten Schlussfolgerungen möglich sein, wie die Bevölkerung die Frage der Selbstgestaltungsfähigkeit der Länder beurteilt.

Es sollte sowohl ein Vergleich der Länder als auch verschiedener Bevölkerungsschichten möglich sein. Im Einzelnen sollte möglichst detailliert abgefragt werden:

- Verbundenheit mit den Ebenen des Staates (EU, Bund, Land, Gemeinde)
- Verbundenheit mit den Institutionen des Föderalismus (Landtage, Landesregierung, Landeshauptmann)
- Bei welchen Staatsaufgaben wünscht die Bevölkerung mehr/weniger eigenständige Gestaltungsfähigkeit?

Die Projektleitung kam dem Institut für Föderalismus zu. Die Umfrage wurde in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck (Ferdinand Karlhofer, Günther Pallaver) unter der Leitung von Gilg Seeber durchgeführt.

Österreichweit wurden zwischen Februar und April 2009 sowie im Dezember 2009 über 1.900 Personen befragt, wobei das Sample zwischen 176 befragten Personen (Oberösterreich) und 315 (Wien) schwankte. Befragt wurden österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger über 18 Lebensjahren. Sämtliche neun Länder wurden ge-

sondert ausgewertet. Der Umfrageleiter Gilg Seeber bescheinigt der Studie Repräsentativität.

4. Auswertung

a) *Verbundenheit mit den Ländern*

In der öffentlichen Diskussion wird Europa als prinzipiell antiföderalistisches Argument verwendet: Die Einbindung des österreichischen Bundesstaates in das europäische Mehrebenensystem führt dazu, dass die Existenzberechtigung der Länderebene in Frage gestellt wird. Auch wenn die Radikalforderung, die Länderebene zu beseitigen, als solche relativ selten offen formuliert wird, so dient das Faktum, dass die Länder wie auch der Bund mit der EU-Mitgliedschaft an Gestaltungsfähigkeit eingebüßt haben, nur in den seltensten Fällen als Argument, die Länder gleichsam zu entschädigen, sondern im Gegenteil als Argument der weiteren Schwächung.⁹ Betont wird auch immer wieder die – angebliche – Ineffizienz der Umsetzung von EU-Recht auf Länderebene.¹⁰

Die im Rahmen der Föderalismusumfrage dazu gestellte Frage lautete:

„Wir brauchen die Bundesländer nicht mehr, weil sich die EU und der Bund mit den wirklich wichtigen Dingen befassen.“

9 Gamper, Österreich – Das Paradoxon des zentralistischen Bundesstaates 262 f; Bußjäger, Regionen mit zwei Geschwindigkeiten? Mythos und Realität des Europas der Regionen, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hg), Jahrbuch des Föderalismus 2007 (2007) 574 ff; Bußjäger, Reform und Zukunft des Föderalismus – ein Konzept der Modernisierung des österreichischen Bundesstaates, in: Institut für Föderalismus (Hg), Föderalismusdokumente, Band 13 (2003) 4 ff.

10 Fallend, Bund-Länder-Beziehungen, in: Dachs/Gerlich et al (Hg), Politik in Österreich. Das Handbuch (2006) 1037.

Das Ergebnis dazu:

Tabelle 1: Bedeutung der Länder

Wir brauchen die Bundesländer nicht mehr...	eher Zustimmung	eher Ablehnung
Burgenland	25,5%	74,5%
Kärnten	16,8%	83,2%
Niederösterreich	16,2%	83,8%
Oberösterreich	15,5%	84,5%
Salzburg	26,1%	73,9%
Steiermark	26,7%	73,3%
Tirol	18,5%	81,5%
Vorarlberg	14,7%	85,3%
Wien	25,2%	74,8%
Österreich	20,7%	79,3%

Von besonderem Interesse ist der Vergleich mit dem Ergebnis der Umfrage in Deutschland. Die Zustimmung zu den österreichischen Ländern ist mit 79,3% insgesamt hoch und höher als in Deutschland (75%).

Man kann diesem Ergebnis eine grundsätzlich hohe Einschätzung der Wertigkeit der Länder beimessen. Angesichts zahlreicher Medienberichten, in welchen gerade die Europäische Union als antiföderales Argument hervorgehoben wird, stellt das Ergebnis die These unter Beweis, dass die Existenz der Länder im Bewusstsein der Bevölkerung stark und positiv verankert sind.

Die Unterschiede zwischen den Länder sind, auch hier in einem gewissen Kontrast zu Deutschland, relativ gering. Der Zustimmungsgang zu den Ländern ist in Oberösterreich und in Vorarlberg mit 84,5% bzw 85,3% am höchsten, am niedrigsten in der Steiermark (73,3%) und in Salzburg (73,9%). Es ist weder ein signifikantes Ost-West-Gefälle festzustellen, noch eine auffallende Ablehnung der Ländergliederung Österreichs in der Bundeshauptstadt Wien selbst (74,8%). Insoweit erweisen sich bestimmte gängige Thesen¹¹ als empirisch nicht haltbar.

11 *Wiederin*, Bundesstaat neu 57; vgl auch die Umfrage zu „Föderalismus oder Zentralismus?“, Institut für Föderalismus (Hg), Föderalismus-Info Nr 5/2007. Vgl weiters *Bußjäger*, Der „zentralistischste aller Bundesstaaten“ als (Lehr)Beispiel für Europa?, in: Piazzolo/Weber (Hg), Föderalismus. Leitbild für die Europäische Union (2004) 14 ff.

Das Projekt fragte auch nach der emotionalen Verbundenheit der Bevölkerung mit den Ländern im Vergleich mit den anderen Ebenen des Staates. Gefragt wurde, welcher Ebene sich eine Person am ehesten zugehörig fühlte. Die Fragestellung war auch vor dem Hintergrund von Interesse, als bei der schon von Karlhofer/Pallaver angeführten Umfrage von Plasser/Ullram 2003 (Daten 2001)¹² folgendes Ergebnis erzielt wurde:

Tabelle 1a: Umfrageergebnis Plasser/Ullram 2001

	Gemeinde/ Region	Land	Österreich	Anderes (Europa, Welt etc)
Burgenland	46	25	53	22
Kärnten	37	29	45	17
Niederösterreich	45	15	56	12
Oberösterreich	51	18	46	14
Salzburg	34	39	42	16
Steiermark	39	26	47	14
Tirol	50	32	30	17
Vorarlberg	34	36	37	30
Wien	15	32	54	20
Österreich	38	25	48	17

Im Jahre 2009 bekundeten die Österreicherinnen und Österreicher ihre Präferenz zu einer bestimmten Ebene (keine Mehrfachnennung zulässig) wie folgt:

¹² Plasser/Ullram, Regionale Mentalitätsdifferenzen in Österreich, Empirische Sondierungen, in: Dachs (Hg), Der Bund und die Länder (2003) 433.

Tabelle 1b: Emotionale Verbundenheit 2009

Zugehörigkeitsgefühl

	Stadt oder Gemeinde	Bundesland	Österreich	Europa
Tirol	22,0%	42,7%	20,0%	15,3%
Kärnten	19,3%	35,1%	27,2%	18,4%
Vorarlberg	22,1%	29,4%	27,9%	20,6%
Oberösterreich	22,9%	19,4%	46,1%	11,6%
Niederösterreich	20,7%	19,3%	40,0%	20,0%
Steiermark	19,2%	16,0%	47,9%	16,9%
Burgenland	18,9%	15,1%	47,2%	18,9%
Salzburg	24,7%	9,7%	41,9%	23,7%
Wien	17,4%	6,3%	46,1%	30,3%
Österreich	20,4%	19,3%	40,3%	19,9%
Ö ohne Wien	21,2%	22,7%	38,9%	17,3%

Die Detailaufschlüsselung begegnet dem Einwand, dass es für die Bürgerinnen und Bürger Wiens tatsächlich schwierig ist, zu differenzieren, ob sie sich stärker als Angehörige des Landes oder der Stadt Wien oder eben Österreichs verstehen.

Klammert man daher Wien aus der Beurteilung aus, ergibt sich das in der letzten Zeile der Darstellung enthaltene Bild.

Das Ergebnis zeigt im Vergleich mit Plasser/Ullram 2003 einige Relativierungen. Am Auffallendsten ist die „Emanzipation“ Europas. Deutlich zurückgegangen ist die Identifikation mit allen anderen Ebenen, am stärksten mit der kommunalen Ebene, stark aber auch jene des Bundes, etwas weniger stark jene mit den Ländern. Die von Plasser/Ullram¹³ festgestellte Abschwächung des Landesbewusstseins zugunsten des Österreichbewusstseins hat sich jedenfalls nicht fortgesetzt.

¹³ Plasser/Ullram, Regionale Mentalitätsdifferenzen 433.

Zum Vergleich nun das Ergebnis aus Deutschland:

Tabelle 1c: Zugehörigkeitsgefühl Deutschland 2008

„Welcher Ebene fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig, Ihrer Stadt oder Gemeinde, Ihrem Bundesland, Deutschland oder Europa“

Stadt/Gemeinde	39%
Bundesland	11%
Deutschland	32%
Europa	14%
alle Ebenen	2%
keiner Ebene	2%

Hier fallen mehrere Punkte auf: Insbesondere das in Österreich ausgeprägt höhere Identifikationsgefühl mit den Ländern, welches dagegen mit der kommunalen Ebene offenbar deutlich weniger stark ausgebildet ist. Auf der anderen Seite wiederum die in Österreich weitaus höhere Identifikation mit Europa, aber auch mit Österreich selbst.

Die starke Verbundenheit mit den Ländern findet eine Begründung auch darin, dass 66% angeben, in dem Bundesland zu leben, in welchem sie auch geboren sind. Das ist übrigens fast derselbe Wert wie in Deutschland (70%), wobei in Österreich die weitaus kleinräumigeren Verhältnisse zu berücksichtigen sind.

Tabelle 1d: in Bundesland geboren, in dem ich lebe

im Bundesland geboren...	ja
Burgenland	56,6%
Kärnten	69,8%
Niederösterreich	54,6%
Oberösterreich	79,8%
Salzburg	56,8%
Steiermark	77,9%
Tirol	78,9%
Vorarlberg	76,1%
Wien	51,2%
Österreich	66,0%

Welche Gründe bewegen die Bürgerinnen und Bürger, in der Stadt/ Gemeinde, in der sie leben, ihren Wohnsitz zu nehmen?

Vorrangig wird das soziale Umfeld angegeben, mit 55,1%, der Umstand, dass jemand hier aufgewachsen ist oder die Nähe zur Arbeit folgen mit deutlichem Abstand, nämlich mit 47%, danach Naherholungsmöglichkeiten und Kulturangebote (37,5%).

Tabelle 1e: Hauptgründe, weshalb ich in meiner Stadt/Gemeinde lebe

Hauptgründe in Stadt/Gemeinde zu wohnen	hier aufgewachsen	bezahlbarer Wohnraum	Nähe zur Arbeit	geringe Steuern/Abgaben	soziales Umfeld	Betreuungs- und Bildungsangebot	Naherholungsmöglichkeiten und Kulturangebote	sonstige
Burgenland	48,1%	20,4%	33,3%	1,9%	41,5%	9,4%	20,4%	9,3%
Kärnten	50,8%	34,2%	44,9%	5,1%	61,0%	22,2%	45,3%	21,2%
Niederösterreich	38,6%	13,1%	29,9%	0,0%	37,2%	6,4%	18,5%	4,7%
Oberösterreich	48,7%	27,8%	46,0%	1,1%	55,5%	16,0%	28,1%	10,6%
Salzburg	33,3%	17,7%	32,3%	3,1%	42,7%	11,6%	33,3%	19,8%
Steiermark	57,5%	21,5%	38,2%	1,7%	50,2%	21,9%	21,0%	12,9%
Tirol	56,6%	41,2%	56,2%	5,9%	74,5%	30,3%	53,3%	11,8%
Vorarlberg	45,1%	21,1%	25,4%	2,8%	40,8%	10,0%	23,9%	8,5%
Wien	47,9%	37,3%	78,9%	3,7%	72,5%	47,0%	70,7%	12,8%
Österreich	47,7%	26,7%	47,3%	2,5%	55,1%	22,5%	37,5%	11,6%

b) Bewertung der Arbeit der verschiedenen Ebenen

Von Interesse ist, wie die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit der verschiedenen Ebenen einschätzen. Die Bewertung erfolgt nach dem Schulnotensystem 1 = Sehr Gut bis 5 = Nicht Genügend.

Tabelle 2: Bewertung der Arbeit von EU, Bund, Länder und Gemeinden

Bewertung der Arbeit ...

	der EU	des Bundes	der Länder	der Städte und Gemeinden
Mittelwert	3,2	2,9	2,4	2,3
Standardabweichung	0,9	0,9	1,0	1,0

	der EU	des Bundes	der Länder	der Städte und Gemeinden
Sehr Gut	2,8	3,7	15,5	20,9
2	17,9	28,8	46,5	41,1
3	48,9	46,7	25,6	25,0
4	19,9	16,4	9,1	9,9
Nicht Genügend	10,5	4,4	3,3	3,0

Angaben in %

Das Ergebnis ist insoweit nicht überraschend, als die jeweils den Bürgerinnen und Bürgern nähere Ebene es leichter hat, ihre Arbeit positiv herauszustreichen. Insoweit ähnelt das Ergebnis auch dem einer Umfrage, welche der Vorarlberger Landtag im Jahr 2008 herausgegeben hat.¹⁴ Das Ergebnis von 2,4, das ganz knapp an jenes der Gemeinden heranreicht (2,3), stellt aber eine auch im Vergleich mit Deutschland gute Einschätzung der Arbeit der Länder dar (dort 3,0 für die Länder, 2,8 für die Gemeinden).

Auffallend ist auch ein deutlicher Abstand gegenüber dem Bund (2,9), der allerdings ebenfalls gegenüber Deutschland (3,4) deutlich

¹⁴ So die Studie von *Berndt*, Die Bedeutung des Landtages für die Vorarlberger Bevölkerung (2008) 60.

besser abschneidet. Die EU wird mit 3,2 in Österreich bemerkenswerterweise besser als in Deutschland (3,4) bewertet.

Bei der Bewertung der Arbeit der verschiedenen Ebenen dürfte auch die von erheblich größerer Kontinuität geprägte Arbeit auf der Länderebene eine große Rolle spielen, die gegenüber von relativ kurzzeitigen Regierungsperioden und schwierigen Regierungsbildungen geprägt sind. Auf der Länderebene treten Konflikte, die es auch in den Konkordanzregierungen gibt, nicht so stark in den Vordergrund.

c) *Beibehaltung des status quo gewünscht*

In der Frage, *welcher Ebene zukünftig mehr Einfluss zukommen soll*, sind die Einschätzungen insgesamt wenig ausdifferenziert.

Tabelle 3: Welche Ebene soll zukünftig mehr Einfluss haben?

Wichtigere Rolle für...	EU	Bund	Länder	Städte/Gemeinden
Burgenland	52,9%	72,0%	64,7%	73,5%
Kärnten	59,8%	70,4%	64,2%	72,4%
Niederösterreich	54,5%	72,7%	59,4%	66,7%
Oberösterreich	56,7%	70,6%	63,2%	77,6%
Salzburg	64,4%	66,7%	61,8%	72,7%
Steiermark	61,0%	65,9%	55,5%	69,4%
Tirol	62,0%	62,1%	73,9%	74,6%
Vorarlberg	62,1%	63,1%	75,4%	65,2%
Wien	66,7%	62,9%	42,0%	62,4%
Österreich	60,3%	67,4%	58,7%	69,7%

Fest steht, dass die Bürgerinnen und Bürger den Städten und Gemeinden als Einheiten, die ihnen am nächsten liegen, deutlich mehr Einfluss und Macht wünschen (69,7%). Daraus kann man aber nicht ableiten, dass auch eine Stärkung der Länder gewünscht wird:

Zwar wünscht eine Mehrheit von 58,7% (auch) eine Stärkung der Länder, die Zahl der Befürworter ist aber niedriger als jener, die (auch) eine Stärkung des Bundes wünschen (67,4%). Und auch die Unterstützung für eine Stärkung der Europäischen Union ist höher (60,3%).

Aus dem Ergebnis kann nun am ehesten abgeleitet werden, dass der Nationalstaat in Zeiten der Krise wieder zunehmend an Wertschätzung gewinnt. Die in der medialen Diskussion der letzten Jahre deutlich zu Tage getretene kritische Bewertung der Länder dürfte zumindest insoweit ihren Niederschlag gefunden haben, als eine Aufwertung der Länder nicht als besonders prioritär empfunden wird.

Die relativ geringen Unterschiede in der Bewertung machen aber auch eine gewisse Unsicherheit der Bevölkerung deutlich bzw. eine Neigung, die Dinge lieber so zu belassen wie sie sind. Der zum Ausdruck kommende Wunsch der Mehrheit, alle Ebenen zu stärken, macht einen Wunsch nach Beibehaltung des status quo deutlich. Freilich: Die Zahl der Befürworter einer Stärkung der Gemeinden ist besonders hoch.

Das Resultat in Deutschland ähnelt jenem in Österreich weitgehend. Auch in Deutschland wird insgesamt besonderes eine Stärkung der kommunalen Ebene präferiert, vor einer solchen des Bundes, der Länder und der EU.¹⁵

Aus beiden Umfrageergebnissen, Deutschland wie Österreich, wird sohin deutlich, dass die Länder im Kontext der Europäisierung nicht jene Ebene sind, von der die Bevölkerung tatsächlich eine Stärkung wünscht.

Weiters wurde die Frage gestellt, auf welcher Ebene sich die Lebensbedingungen ähneln sollten. Sie gibt wichtige Aufschlüsse darüber, inwieweit die Bevölkerung Differenzierung, die das Wesensmerkmal des Föderalismus darstellt, wertschätzt.

Bemerkenswerterweise wird in Österreich die Funktion, Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, am ehesten der Europäischen Union zugebilligt (37,2%). Relativ knapp dahinter folgt die Bundesebene (35,7%), dann in großem Abstand die Ebene der Städte und Gemeinden (13,7%) praktisch auf gleichem Stand wie die Landesebene (13,4%).

15 Bertelsmann-Stiftung, Bürger und Föderalismus 19.

Tabelle 4: Auf welcher Ebene solchen sich die Lebensbedingungen ähneln?

Lebensbedingungen	EU	Bund	Land	Stadt/Gemeinde
Burgenland	36,5%	42,3%	11,5%	9,6%
Kärnten	32,7%	32,7%	15,9%	18,6%
Niederösterreich	33,5%	40,4%	10,7%	15,4%
Oberösterreich	35,7%	37,3%	16,9%	10,0%
Salzburg	40,2%	37,0%	10,9%	12,0%
Steiermark	37,5%	31,5%	13,9%	17,1%
Tirol	31,2%	38,3%	18,4%	12,1%
Vorarlberg	37,3%	29,9%	19,4%	13,4%
Wien	45,0%	32,7%	9,3%	13,0%
Österreich	37,2%	35,7%	13,4%	13,7%

Zeilenweise Prozentangaben

Fraglich ist, ob sich aus diesem Ergebnis die Forderung nach Zentralisierungen begründen lässt. Eher kann daraus **abgeleitet** werden, dass die Österreicher der Forderung nach **europaweit** vergleichbaren Standards durchaus nicht ablehnend gegenüber stehen. Das Ergebnis bringt auch eine Bereitschaft zur Solidarität zum Ausdruck.

d) Forderung nach aktiven Ländern

Der Tendenz zur Beibehaltung des Status quo und der Ablehnung größerer Differenzen wird durch **folgende** weitere Ergebnisse gestützt. Während in der Öffentlichkeit eine **aktive** Rolle der Länder häufig als Blockadepolitik dargestellt wird, geht die deutlich überwiegende Zahl der Menschen in Österreich nicht davon aus, dass sich die Länder zu stark einmischen, wie aus nachfolgender Darstellung hervorgeht.

Die Aussage: „Die Länder mischen sich zu stark in die Bundespolitik ein“, wird von insgesamt 70,2 Prozent der Befragten abgelehnt.

Tabelle 5: Detailaufschlüsselung zur Frage Länder und Bundespolitik

Länder und Bundespolitik	eher Zustimmung	eher Ablehnung
Burgenland	34,6%	65,4%
Kärnten	28,4%	71,6%
Niederösterreich	33,2%	66,8%
Oberösterreich	21,0%	79,0%
Salzburg	34,5%	65,5%
Steiermark	36,6%	63,4%
Tirol	16,2%	83,8%
Vorarlberg	13,4%	86,6%
Wien	37,6%	62,4%
Österreich	29,8%	70,2%

Deutlich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind demnach nicht der Ansicht, dass sich die Länder zu stark in die Bundespolitik einmischen. Interessenvertretung, wie etwa paradigmatisch durch die Landeshauptleutekonferenz auf Bundesebene, wird von der regionalen Bevölkerung geschätzt. Daraus kann aber auch abgeleitet werden, dass die oft kritisierte Tätigkeit der Landtage, jenseits der Wahrnehmung ihrer legislativen Kompetenzen und der Kontrolle der Landesvollziehung, im Wege von Resolutionen bundespolitische Aufgaben wahrzunehmen, im Ergebnis von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird. Die Bevölkerung will, dass der Landeshauptmann, die Landesregierung oder der Landtag auch als Sprachrohr ihrer Interessen nach außen agiert.

Dieser Befund wird auch durch das Ergebnis der Frage, ob nachfolgende Aussage unterstützt wird, erhärtet:

„Die Länder sollen in Brüssel stärker vertreten sein.“

Diese Aussage findet bei insgesamt 57,1% Zustimmung. Die europäische Ebene wird demgegenüber etwas stärker als Betätigungsfeld des Bundes betrachtet. Dennoch unterstützt die Bevölkerung eine aktive Interessenvertretung durch die Länder auch auf der Europäischen Ebene. In welchen Institutionen der Europäischen Union dies erfolgen könnte, wurde in der Umfrage offen gelassen.

Tabelle 6: Detailaufschlüsselung zur Frage der Vertretung der Länder in Brüssel

Vertretung der Länder in Brüssel	eher Zustimmung	eher Ablehnung
Burgenland	64,2%	35,8%
Kärnten	66,4%	33,6%
Niederösterreich	57,2%	42,8%
Oberösterreich	54,2%	45,8%
Salzburg	67,0%	33,0%
Steiermark	58,8%	41,2%
Tirol	72,2%	27,8%
Vorarlberg	67,6%	32,4%
Wien	41,5%	58,5%
Österreich	57,1%	42,9%

Eine Zustimmung der Bevölkerung zu eigenen Landesvertretungen lässt sich diesem Ergebnis wohl nur bedingt entnehmen, da nicht abgefragt wurde, auf welche Weise diese Vertretung in Brüssel wahrgenommen werden soll.

Im Gegensatz zu Deutschland wird von der Bevölkerung offensichtlich auch kein Konflikt zwischen Bund und Ländern in EU-Fragen wahrgenommen. Tatsächlich wurden derartige Konflikte, so sie überhaupt bestanden, in Österreich bisher kaum an die Öffentlichkeit getragen. Die in Deutschland im Zuge der Föderalismusreform I aufgeworfene Problematik, in Brüssel „mit einer Stimme“ zu sprechen, stellte sich bisher in Österreich offenbar nicht. Die Länder haben die Dominanz des Bundes in der Außenvertretung gerade auch auf EU-Ebene stets hingenommen.¹⁶

e) *Unterstützung des kooperativen Föderalismus – Absage an Wettbewerbsföderalismus*

Zu den Essentialien eines föderalen Systems gehören die rechtliche Differenzierungen. Neun verschiedene Landesrechtsordnungen machen nur dann Sinn, wenn sie Unterschiede aufweisen. Umgekehrt

¹⁶ Demgegenüber wollen in Deutschland zwei Drittel der Bevölkerung, dass der Bund die Interessen Deutschlands vertreten soll (Bertelsmann-Stiftung, Bürger und Föderalismus 20).

delegitimiert aber auch fehlende Sinnhaftigkeit unterschiedlicher Regelungen das föderale System.

In Deutschland wie in Österreich wird bereits seit Jahren der Trend zum unitarischen Bundesstaat diagnostiziert. Im unitarischen Bundesstaat wird Differenzierung weitgehend eingeebnet, während die bundesstaatlichen Institutionen erhalten bleiben.

Dem unitarischen Bundesstaat wurde das Konzept des Wettbewerbsföderalismus entgegengehalten. Im Wettbewerbsföderalismus treten die Glieder des Bundesstaates als eigenständige Akteure auf und konkurrieren als Standorte um Unternehmen, Arbeitsplätze, niederlassungswillige Bürger mit entsprechender Steuerleistung, als Bildungsstandorte. Sie konkurrieren mit den Instrumenten, die ihnen zur Verfügung stehen, nämlich des Rechts.

Ein größerer Fragenkomplex widmete sich den Fragen des bundesstaatlichen Zusammenhalts sowie des Wettbewerbsföderalismus. Das Ergebnis bestand in einer relativ hohen Ablehnung des Wettbewerbs und einer Betonung der Solidarität im Bundesstaat durch Solidarität der Glieder.

Der Aussage „Die Bundesländer sollten eher zusammenhalten und sich nicht im Wettbewerb gegenüberstehen“ wird von 90,7 Prozent zugestimmt, 9,3 Prozent stehen dieser Aussage ablehnend gegenüber.

Tabelle 7: Die Bundesländer sollten eher zusammenhalten und sich nicht im Wettbewerb gegenüber stehen

Zusammenhalt der Länder	eher Zustimmung	eher Ablehnung
Burgenland	82,7%	17,3%
Kärnten	87,7%	12,3%
Niederösterreich	88,1%	11,9%
Oberösterreich	89,2%	10,8%
Salzburg	87,2%	12,8%
Steiermark	87,0%	13,0%
Tirol	91,7%	8,3%
Vorarlberg	82,1%	17,9%
Wien	88,9%	11,1%
Österreich	88,1%	11,9%

Das Ergebnis, die ausgesprochen hohe Unterstützung für eine Solidarität unter den Ländern überrascht nicht. Sie entspricht ungefähr dem in Deutschland erzielten Ergebnis (88 Prozent für Solidarität).¹⁷

Ein gemeinsames Vorgehen wird aber nicht nur unter den Länder präferiert, sondern auch im Verhältnis zum Bund. Der Aussage „Bei großen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der Gesundheitsreform wünsche ich mir ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern“, wird von 97 Prozent zugestimmt. Nur drei Prozent stehen dieser Aussage ablehnend gegenüber.

Tabelle 8: Bei großen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der Gesundheitsreform wünsche ich mir ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern

große Herausforderungen	eher Zustimmung	eher Ablehnung
Burgenland	90,6%	9,4%
Kärnten	90,6%	9,4%
Niederösterreich	97,1%	2,9%
Oberösterreich	98,0%	2,0%
Salzburg	97,8%	2,2%
Steiermark	95,9%	4,1%
Tirol	98,6%	1,4%
Vorarlberg	94,2%	5,8%
Wien	97,8%	2,2%
Österreich	96,6%	3,4%

Auch dieses Ergebnis entspricht im Wesentlichen den Präferenzen in Deutschland.¹⁸

Dies bedeutet aber auch eine Absage an ein einseitiges Vorgehen des Bundes selbst. Hervorleuchtet der Wunsch nach harmonischer Gemeinsamkeit im österreichischen Bundesstaat.

Von besonderem Interesse ist nun aber die Frage der Einstellung der Bevölkerung zum Wettbewerb – und zwar auf verschiedenen Gebieten. Die Umfrage unterschied dabei zwischen Verwaltungs-

17 Bertelsmann-Stiftung, Bürger und Föderalismus 23.

18 Bertelsmann-Stiftung, Bürger und Föderalismus, 21. Die Zustimmung schwankt in Deutschland demnach zwischen 90 und 98 Prozent.

reform, Bildung, Gesundheit, Steuern. Sie ergab jeweils ein Überwiegen der Ablehnung des Wettbewerbs, besonders auf dem Gebiet der Steuerhoheit.

Tabelle 9: In folgenden Bereichen wünsche ich mir Wettbewerb

Wettbewerbsbereiche	Steuerpolitik	Verwaltungsreform	Betriebsansiedelungen	Bildungspolitik	Gesundheitspolitik	Sozialpolitik
Burgenland	17,0%	31,5%	42,6%	35,8%	22,6%	17,0%
Kärnten	16,9%	34,2%	42,7%	35,9%	29,9%	27,1%
Niederösterreich	16,1%	28,2%	40,3%	28,5%	19,9%	20,1%
Oberösterreich	21,4%	34,6%	42,7%	35,4%	34,2%	29,4%
Salzburg	21,9%	38,9%	26,3%	41,7%	37,5%	35,8%
Steiermark	17,6%	27,5%	22,3%	27,5%	24,0%	17,6%
Tirol	34,6%	49,0%	53,3%	43,1%	35,3%	35,3%
Vorarlberg	19,7%	18,3%	40,8%	26,8%	21,1%	15,5%
Wien	19,8%	46,3%	51,5%	39,6%	25,6%	22,9%
Österreich	20,3%	35,5%	41,1%	34,6%	27,4%	24,4%

Die Schlussfolgerung aus diesem Ergebnis ist die Ablehnung einer streng wettbewerblichen Ordnung. Dies schließt freilich im Gegenzug die Wertschätzung des innovativen Föderalismus nicht aus. Das kooperative Element im österreichischen Föderalismus, das eine starke Tradition aufweist, dürfte ohnehin unbestritten sein.

f) In welchen Bereichen soll Geld investiert/gespart werden?

Besonders ausgabenträchtige Kompetenzen der österreichischen Länder sind das Spitalswesen, die Sozialhilfe oder die Wohnbauförderung. Die Umfrage hat mit der Frage, *in welchen Bereichen Geld investiert oder gespart werden soll*, auch abgeklärt, für welche Bereiche in Österreich Bereitschaft besteht, zu investieren bzw in welchen Bereichen Ausgaben gesenkt werden sollen.

Tabelle 10: Verwendung zusätzlicher Steuereinnahmen

zusätzliche Steuereinnahmen

	Schulden- abbau	Sozial- leistungen	Bildung	Infra- struktur	Gesundheit	Steuer- senkungen
Mittelwert	2,6	2,6	1,7	2,4	2,1	2,9
Standardab- weichungen	1,3	1,3	1,0	1,0	1,1	1,2

	Schulden- abbau	Sozial- leistungen	Bildung	Infra- struktur	Gesundheit	Steuer- senkungen
ja, auf jeden Fall	24,0	22,2	56,6	21,3	37,1	14,2
2	22,5	29,0	27,6	32,5	30,8	22,0
3	32,2	24,9	10,3	32,0	21,6	36,4
4	10,2	12,8	2,4	10,8	6,3	15,4
nein, auf keinen Fall	11,1	11,0	3,0	3,4	4,1	12,0

Angaben in %

Tabelle 11: Akzeptanz von Ausgabenkürzungen

Ausgabenkürzungen

	Verteidigung...	Wirtschafts- politik	Bildungs- wesen	Gesundheits- wesen	Verwaltung
Mittelwert	2,7	3,2	4,4	4,2	2,0
Standard- abweichung	1,5	1,2	1,1	1,2	1,1

	Verteidigung...	Wirtschafts- politik	Bildungs- wesen	Gesundheits- wesen	Verwaltung
ja, auf jeden Fall	30,3	8,9	3,9	5,4	42,8
2	17,3	20,6	4,8	6,1	27,6
3	23,0	31,6	7,5	11,3	21,5
4	11,8	19,6	15,1	17,7	5,1
nein, auf keinen Fall	17,6	19,3	68,7	59,5	3,0

Angaben in %

Man sieht an diesen Beispielen, dass die Bevölkerung Ausgaben im Gesundheitswesen und im Bildungswesen, wo die Länder ebenfalls wesentliche Finanzierungsaufgaben haben, durchaus unterstützt bzw. Ausgabenkürzungen ablehnt. Dagegen besteht eine vergleichsweise hohe und nicht überraschende Akzeptanz von Kürzungen im Bereich der Verwaltung.

4. Zusammenfassende Thesen

Das Ergebnis der Umfrage leitet zu folgenden zusammenfassenden Thesen über:

- Die österreichischen Länder sind im Bewusstsein der Bevölkerung positiv verwurzelt. Es wird ihnen eine Rolle im europäischen Mehrebenensystem zugebilligt und ihre Arbeit wird gut bewertet.
- Eine Funktion der Länder wird auch darin erblickt, Sprachrohr der Bevölkerung gegenüber dem Bund und der EU zu sein.
- Die Bevölkerung steht der föderalen Differenzierung eher kritisch gegenüber. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen föderalem Anspruch und Realität.
- Der kooperative Föderalismus genießt in der Bevölkerung weitaus stärkere Unterstützung als der Wettbewerbsföderalismus.

Der Schwachpunkt dieses sozusagen auf halbem Wege steckengebliebenen Föderalismus ist die Tatsache, dass Unterschiede in den Lebensbedingungen und den rechtlichen Rahmenbedingungen zum Wesen der Bundesstaatlichkeit gehören. Ein Föderalismus ohne Differenz ist nicht nur paradox, sondern delegitimiert sich selbst. Die Handlungsempfehlung an die Politik in den Ländern ist daher klar: Die politischen Akteure des Föderalismus kommen nicht umhin, den Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen, welchen Nutzen die föderalen Unterschiede bringen: Sie hängen nämlich untrennbar mit der regionalen Gestaltungsfähigkeit und eigenständigen Politikformulierung zusammen.

Literaturverzeichnis

- Berndt, Edwin, Die Bedeutung des Landtages für die Vorarlberger Bevölkerung. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen durchgeführt im Auftrag des Vorarlberger Landtages und des Instituts für sozialwissenschaftliche Regionalforschung, 2008 (ohne Ortsangabe)
- Bertelsmann-Stiftung, Bürger und Föderalismus, Gütersloh 2008
- Bußjäger, Peter, Der sklerotische Bundesstaat, Zeitschrift für Politik 2002/2, 149-170
- Bußjäger, Peter, Reform und Zukunft des Föderalismus – ein Konzept zur Modernisierung des österreichischen Bundesstaates, in: Institut für Föderalismus (Hg), Föderalismusdokumente Band 13, Innsbruck 2003, 4 ff
- Bußjäger, Peter, Der „zentralistischste aller Bundesstaaten“ als (Lehr) Beispiel für Europa?, in: Piazzolo/Weer (Hg), Föderalismus. Leitbild für die Europäische Union, München 2004, 14 ff
- Bußjäger, Peter, Regionen mit zwei Geschwindigkeiten? Mythos und Realität des Europas der Regionen, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus Forschung (Hg), Jahrbuch des Föderalismus 2007, Tübingen 2007, 574 ff
- Erk, Jan, Austria: A Federation without Federalism?, Publius 2004/1, 1-20
- Fallend, Franz, Bund-Länder-Beziehungen, in: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hg), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, 1037
- Gamper, Anna, Das Paradoxon des zentralistischen Bundesstaates, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hg), Jahrbuch des Föderalismus 2000, Tübingen 2000, 251 ff
- Hesse, Konrad, Der unitarische Bundesstaat, Karlsruhe 1962
- Ludwig Boltzmann Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung Bregenz. Vorarlberger Landessymbole im Meinungsbild der Bevölkerung. Bregenz, 2003. Internet: http://www.vorarlberg.at/pdf/meinungsumfrage_vorarlberg.pdf.
- Plasser, Fritz and Ulram, Peter A., Das österreichische Politikverständnis, Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Vienna, WUV Universitätsverlag, 2002

- Plasser, Fritz and Ulram, Peter A., Regionale Mentalitätsdifferenzen in Österreich: Empirische Sondierungen, in: Dachs (Hg), Der Bund und die Länder. Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat, Wien 2003, 421-440
- Wiederin, Ewald, Bundesstaat neu, in: Österreichische Juristenkommission (Hg), Der Österreich-Konvent. Zwischenbilanz und Perspektiven, Wien – Graz 2004, 49-77.

Verzeichnis der Autoren

Univ.Doz. Dr. Peter Bußjäger
Institut für Föderalismus
Maria-Theresien-Straße 38b
6020 Innsbruck
e-mail: peter.bussjaeger@foederalismus.at

ao Univ.Prof. Dr. Ferdinand Karlhofer
Institut für Politikwissenschaft
Universitätsstraße 15
6020 Innsbruck
e-mail: ferdinand.karlhofer@uibk.ac.at

ao Univ.Prof. DDr. Günther Pallaver
Institut für Politikwissenschaft
Universitätsstraße 15
6020 Innsbruck
e-mail: guenther.pallaver@uibk.ac.at

ao Univ.Prof. Mag.rer.nat.Dr.techn.
Gilg U.H. Seeber
Institut für Politikwissenschaft
Universitätsstraße 15
6020 Innsbruck
e-mail: gilg.seeber@uibk.ac.at

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR FÖDERALISMUS

- Bd. 1 **Peter Pernthaler**, Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiete der Verwaltungsorganisation. 1976 ISBN 3-7003-0479-X (€ 7,21)
- Bd. 2 **Theo Öhlinger**, Der Bundesstaat zwischen Reiner Rechtslehre und Verfassungsrealität. 1976. ISBN 3-7003-0129-4 (€ 4,94 vergriffen)
- Bd. 3 **Felix Ermacora**, Österreichischer Föderalismus. Vom patrimonialen zum kooperativen Bundesstaat. 1976. ISBN 3-7003-0144-8 (€ 28,71 vergriffen)
- Bd. 4 **Peter Pernthaler**, Die Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag. 1977. ISBN 3-7003-0478-X (€ 11,99)
- Bd. 5 **Martin Usteri**, Die Funktion der Regierung im modernen föderalistischen Staat. 1977. ISBN 3-7003-0482-X (€ 4,21 vergriffen)
- Bd. 6 **Fried Esterbauer/Guy Heraud/Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalismus als Mittel permanenter Konfliktregelung. 1977. ISBN 3-7003-0161-8 (€ 11,63 vergriffen)
- Bd. 7 **Manfried Gantner**, Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel als Problem der Länder und Gemeinden. 1978. ISBN 3-7003-0181-2 (€ 18,17)
- Bd. 8 **Siegbert Morscher**, Rechtliche Probleme bei der Schaffung innerstaatlicher grenzüberschreitender Einrichtungen und Organe durch die österreichischen Bundesländer. 1978. ISBN 3-7003-0182-0 (€ 17,44)
- Bd. 9 **Theo Öhlinger**, Verträge im Bundesstaat. 1978. ISBN 3-7003-0183-9 (€ 10,17 vergriffen)
- Bd. 10 **Erich Thöni**, Privatwirtschaftsverwaltung und Finanzausgleich. 1978. ISBN 3-7003-0184-7 (€ 10,03)
- Bd. 11 **Georg Schmitz**, Der Landesamtsdirektor. 1978. ISBN 3-7003-0203-7 (€ 10,03 vergriffen)
- Bd. 12 **Felix Ermacora**, Die bundesstaatliche Kostentragung gemäß § 2 F-VG. 1979. ISBN 3-7003-0214-2 (€ 7,99)
- Bd. 13 **Peter Pernthaler/Karl Weber**, Theorie und Praxis der Bundesaufsicht in Österreich. 1979. ISBN 3-7003-0215-0 (€ 12,21)
- Bd. 14 **Peter Pernthaler**, Die Staatsgründungsakte der österreichischen Bundesländer. Eine staatsrechtliche Untersuchung über die Entstehung des Bundesstaates. 1979. ISBN 3-7003-0226-6 (€ 21,66)
- Bd. 15 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Direkte Demokratie in den Ländern und Gemeinden. 1980. ISBN 3-7003-0245-2 (€ 14,39)

- Bd. 16 **Peter Häberle**, Kulturverfassungsrecht im Bundesstaat. 1980. ISBN 3-7003-0247-9 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 17 **Bernd-Christian Funk**, Das System der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung im Lichte der Verfassungsrechtsprechung. 1980. ISBN 3-7003-0250-9 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 18 **Karl Weber**, Kriterien des Bundesstaates. Eine systematische, historische und rechtsvergleichende Untersuchung der Bundesstaatlichkeit der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. 1980. ISBN 3-7003-0251-7 (€ 34,88 vergriffen)
- Bd. 19 **Peter Pernthaler**, Das Forderungsprogramm der österreichischen Bundesländer. 1980. ISBN 3-7003-0252-5 (€ 28,34)
- Bd. 20 **Wilhelm Kundratitz** (Herausgeber), Staat, Recht, Politik. Eine Befragung Jugendlicher zum Bildungshintergrund. 1981. ISBN 3-7003-0270-3 (€ 20,35)
- Bd. 21 **Siegbert Morscher**, Land und Provinz. Vergleich der Befugnisse der autonomen Provinz Bozen mit den Kompetenzen der österreichischen Bundesländer. 1981. ISBN 3-7003-0282-7 (€ 13,66)
- Bd. 22 **Wolfgang Pesendorfer**, Der innere Dienstbetrieb im Amt der Landesregierung. 1981. ISBN 3-7003-0299-1 (€ 10,76 vergriffen)
- Bd. 23 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Dezentralisation und Selbstorganisation. Theoretische Probleme und praktische Erfahrungen. 1982. ISBN 3-7003-0308-4 (€ 24,20)
- Bd. 24 **Theo Öhlinger**, Die Anwendung des Völkerrechts auf Verträge im Bundesstaat. 1982. ISBN 3-7003-0320-3 (€ 13,44)
- Bd. 25 **Harald Stolzlechner**, Republik – Bund – Land. Fragen der Vermögensaufteilung in einem Bundesstaat. 1982. ISBN 3-7003-0318-1 (€ 14,39)
- Bd. 26 **Peter Pernthaler/Irmgard Kathrein/Karl Weber**, Der Föderalismus im Alpenraum. Voraussetzungen, Zustand, Ausbau und Harmonisierung im Sinne eines alpenregionalen Leitbildes. 1982. ISBN 3-7003-0341-6 (€ 49,4 vergriffen)
- Bd. 27 **Peter Pernthaler**, Land, Volk und Heimat als Kategorien des österreichischen Verfassungsrechts. 1982. ISBN 3-7003-0347-5 (€ 11,63)
- Bd. 28 **Peter Pernthaler/Karl Weber**, Landesbürgerschaft und Bundesstaat. Der Status des Landesbürgers als Kriterium des Bundesstaates und Maßstab der Demokratie in den Ländern. 1983. ISBN 3-7003-0364-5 (€ 20,35)
- Bd. 29 **Irmgard Kathrein**, Der Bundesrat in der Ersten Republik. Studie über die Entstehung und die Tätigkeit des **Bundesrates** der Republik Österreich. 1983. ISBN 3-7003-0365-3 (€ 14,54)
- Bd. 30 **Richard Schmidjell/Karl Fink/Werner Plunger/Hans Moser**, Regionalpolitik der österreichischen Bundesländer. 1983. ISBN 3-7003-0524-9 (€ 34,88)
- Bd. 31 **Siegbert Morscher** (Herausgeber), Föderalistische Sozialpolitik. 1983. ISBN 3-7003-0519-2 (€ 20,35 vergriffen)

- Bd. 32 **Josef Werndl**, Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Ihre Ausgangslage, Entwicklung und Bedeutungsverschiebung auf der Grundlage des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920. 1984. ISBN 3-7003-0566-4 (€ 26,96 vergriffen)
- Bd. 33 **Peter Pernthaler**, Österreichische Finanzverfassung. Theorie – Praxis – Reform. 1984. ISBN 3-7003-0606-7 (€ 33,07)
- Bd. 34 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Die Rolle der Länder in der Umfassenden Landesverteidigung. 1984. ISBN 3-7003-0607-5 (€ 19,62)
- Bd. 35 **Christian Smekal/Manfried Gantner**, Die längerfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft in Österreich im Zeitraum 1950 – 1983. 1985. ISBN 3-7003-0608-3 (€ 52,32 vergriffen)
- Bd. 36 **Georg Schmitz**, Die Anfänge des Parlamentarismus in Niederösterreich. Landesordnung und Selbstregierung 1861 – 1873. 1985. ISBN 3-7003-0636-9 (€ 47,96)
- Bd. 37 **Bernd Stampfer**, Recht der Abfallwirtschaft in Österreich. Analysen einer komplexen Verwaltungsaufgabe zwischen Bund und Ländern. 1986. ISBN 3-7003-0687-3 (€ 37,79)
- Bd. 38 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Verwaltungsrechtspflege als wirksamer Schutz der Menschenrechte. 1986. ISBN 3-7003-0685-7 (€ 14,17)
- Bd. 39 **Siegbert Morscher**, Die Gewerbekompetenz des Bundes. 1987. ISBN 3-7003-0810-1 (€ 23,26)
- Bd. 40 **Peter Pernthaler**, Zivilrechtswesen und Landeskompetenz. 1987. ISBN 3-7003-0723-3 (€ 13,08)
- Bd. 41 **Karl Weber**, Die mittelbare Bundesverwaltung. Eine verfassungs- und verwaltungsrechtliche Untersuchung der Organisation und Verwaltung des Bundes im Bereich der Länder außer Wien, zugleich eine Geschichte der Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern außer Wien. 1987. ISBN 3-7003-0738-1 (€ 59,59)
- Bd. 42 **Klaus Berchtold**, Die Verhandlungen zum Forderungsprogramm der Bundesländer seit 1956. 1988. ISBN 3-7003-0752-7 (€ 20,35)
- Bd. 43 **Peter Pernthaler**, Föderalistische Bedeutung der Landes-Hypothekenbanken. 1988. ISBN 3-7003-0781-1 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 44 **Stefan Huber/Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalismus und Regionalismus in europäischer Perspektive. 1988. ISBN 3-7003-0763-2 (€ 11,63 vergriffen)
- Bd. 45 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Kulturpolitik. 1988. ISBN 3-7003-0798-5 (€ 18,17)
- Bd. 46 **Peter Pernthaler**, Kompetenzverteilung in der Krise. Voraussetzungen und Grenzen der Kompetenzinterpretation in Österreich. 1989. ISBN 3-7003-0811-6 (€ 24,71)
- Bd. 47 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Auswirkungen eines EG-Beitrittes auf die föderalistische Struktur Österreichs. 1989. ISBN 3-7003-0848-5 (€ 21,08)

- Bd. 48 **Wolfgang Burtscher**, EG-Beitritt und Föderalismus. Folgen einer EG-Mitgliedschaft für die bundesstaatliche Ordnung Österreichs. 1990. ISBN 3-7003-0864-7 (€ 21,08 vergriffen)
- Bd. 49 **Fried Esterbauer/Peter Pernthaler** (Herausgeber), Europäischer Regionalismus am Wendepunkt - Bilanz und Ausblick. 1991. ISBN 3-7003-0907-4 (€ 23,98)
- Bd. 50 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen. 1991. ISBN 3-7003-0930-9 (€ 23,26)
- Bd. 51 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Neue Wege der Föderalismusreform. 1992. ISBN 3-7003-0949-X (€ 23,26)
- Bd. 52 **Bernd-Christian Funk/Joseph Marko/Peter Pernthaler**, Die innerstaatliche Umsetzung der Vergaberichtlinien der EG., 1992. ISBN 3-7003-0974-0 (€ 16,71)
- Bd. 53 **Peter Pernthaler**, Das Länderbeteiligungsverfahren an der europäischen Integration. 1992. ISBN 3-7003-0976-7 (€ 15,26)
- Bd. 54 **Stefan Hammer**, Länderstaatsverträge. Zugleich ein Beitrag zur Selbständigkeit der Länder im Bundesstaat. 1992. ISBN 3-7003-0984-8 (€ 31,61)
- Bd. 55 **Peter Pernthaler**, Der differenzierte Bundesstaat. Theoretische Grundlagen, praktische Konsequenzen und Anwendungsbereiche in der Reform des österreichischen Bundesstaates. 1992. ISBN 3-7003-0988-0 (€ 18,89)
- Bd. 56 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Unabhängige Verwaltungssenate und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1993. ISBN 3-7003-1011-0 (€ 42,44)
- Bd. 57 **Heinz Schäffer/Harald Stolzlechner** (Herausgeber), Reformbestrebungen im Österreichischen Bundesstaatssystem. 1993. ISBN 3-7003-1015-3 (€ 17,49)
- Bd. 58 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Raumordnung – eine europäische Herausforderung. 1994. ISBN 3-7003-1041-2 (€ 15,99)
- Bd. 59 **Gerhard Thurner**, Der Bundesstaat in der neueren Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes unter besonderer Berücksichtigung der Kompetenzverteilung. 1994. ISBN 3-7003-1042-0 (€ 35,61)
- Bd. 60 **Michael Morass**, Regionale Interessen auf dem Weg in die Europäische Union. Strukturelle Entwicklung und Perspektiven der Interessenvermittlung österreichischer und deutscher Landesakteure im Rahmen der Europäischen Integration. 1994. ISBN 3-7003-1048-X (€ 37,79)
- Bd. 61 **Peter Pernthaler**, Reform der föderalistischen Finanzordnung. 1994. ISBN 3-7003-1075-7 (€ 23,26)
- Bd. 62 **Karl Weber/Martin Schlag**, Sicherheitspolizei und Föderalismus. Eine Untersuchung über die Organisation der Sicherheitsverwaltung in Österreich. 1995. ISBN 3-7003-1082-X (€ 23,26)
- Bd. 63 **Peter Bußjäger**, Die Naturschutzkompetenzen der Länder. 1995. ISBN 3-7003-1084-6 (€ 23,26)
- Bd. 64 **Klaus Eisterer**, Die Schweiz als Partner. Zum eigenständigen Außenhandel der Bundesländer Vorarlberg und Tirol mit der Eidgenossenschaft 1945 – 1947. 1995. ISBN 3-7003-1116-8 (€ 13,08)

- Bd. 65 **Peter Pernthaler/Georg Lukasser/Irmgard Rath-Kathrein**, Gewerbe – Landwirtschaft – Veranstaltungswesen. Drei Fallstudien zur Abgrenzung der Bundes- und Landeskompentzen im Wirtschafts- und Berufsvertretungsrecht. 1996. ISBN 3-7003-1135-4 (€ 20,35)
- Bd. 66 **Fritz Staudigl/Renate Fischler** (Herausgeber), Die Teilnahme der Bundesländer am europäischen Integrationsprozeß. 1996. ISBN 3-7003-1162-1 (€ 13,44)
- Bd. 67 **Karl Weber/Irmgard Rath-Kathrein** (Herausgeber), Neue Wege der Allgemeinen Staatslehre. 1996. ISBN 3-7003-1167-2 (€ 20,35)
- Bd. 68 **Peter Pernthaler**, Kammern im Bundesstaat. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Gesichtspunkte einer stärkeren Föderalisierung der Kammern in Österreich. 1996. ISBN 3-7003-1170-2 (€ 16,42)
- Bd. 69 **Fridolin Zanon**, Das 2. Verstaatlichungsgesetz 1947 im Lichte der europarechtlichen Entwicklung. 1996. ISBN 3-7003-1171-0 (€ 15,99)
- Bd. 70 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Bundesstaatsreform als Instrument der Verwaltungsreform und des europäischen Föderalismus. 1997. ISBN 3-7003-1190-7 (€ 31,83)
- Bd. 71 **Josef Unterlechner**, Die Mitwirkung der Länder am EU-Willensbildungs-Prozeß: Normen – Praxis – Wertung. 1997. ISBN 3-7003-1206-7 (€ 33,14 vergriffen)
- Bd. 72 **Sigrid Buchsteiner**, Die Verpflichtung der Gebietskörperschaften zur Tragung ihres Aufwandes. Eine Analyse des bundesstaatlichen Kostentragungsgrundsatzes und der Kostenregelungskompetenz. 1998. ISBN 3-7003-1218-0 (€ 23,26)
- Bd. 73 **Peter Pernthaler/Nicoletta Bucher/Anna Gamper**, Bibliographie zum österreichischen Bundesstaat und Föderalismus 1998. ISBN 3-7003-1224-5 (€ 27,62)
- Bd. 74 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Das Recht des Wassers in nationaler und internationaler Perspektive. 1998. ISBN 3-7003-1226-1 (€ 27,62)
- Bd. 75 **Peter Bußjäger**, Die Organisationshoheit und Modernisierung der Landesverwaltungen. 1999. ISBN 3-7003-1261-X (€ 45,78)
- Bd. 76 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Auswirkungen des EU-Rechts auf die Länder. 1999. ISBN 3-7003-1209-3 (€ 27,62)
- Bd. 77 **Peter Pernthaler/Helmut Schreiner** (Herausgeber), Die Landesparlamente als Ausdruck der Identität der Länder. 2000. ISBN 3-7003-1320-9 (€ 21,66)
- Bd. 78 **Andreas Rosner**, Koordinationsinstrumente der österreichischen Länder. 2000. ISBN 3-7003-1321-7 (€ 40,70)
- Bd. 79 **Karl Weber/Magdalena Pöschl**, Die Haftung der Länder in der mittelbaren Bundesverwaltung. 2000. ISBN 3-7003-1326-8 (€ 20,35)
- Bd. 80 **Peter Bußjäger**, Die Zustimmungsrechte des Bundesrates. 2001. ISBN 3-7003-1357-8 (€ 20,35)
- Bd. 81 **Sigrid Lebitsch-Buchsteiner**, Die bundesstaatliche Rücksichtnahmepflicht. 2001. ISBN 3-7003-1358-6 (€ 18,89)

- Bd. 82 **Peter Bußjäger/Friedrich Lachmayer** (Herausgeber), Rechtsbereinigung und Landesrechtsdokumentation. 2001. ISBN 3-7003-1361-6 (€ 18,00)
- Bd. 83 **Peter Pernthaler/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Ökonomische Aspekte des Föderalismus. 2001. ISBN 3-7003-1369-1 (€ 21,00)
- Bd. 84 **Peter Bußjäger/Christoph Kleiser** (Herausgeber), Legistik und Gemeinschaftsrecht. 2001. ISBN 3-7003-1370-5 (€ 20,00)
- Bd. 85 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Vollzug von Bundesrecht durch die Länder. 2002. ISBN 3-7003-1401-9 (€ 26,00)
- Bd. 86 **Christian Ranacher**, Die Funktion des Bundes bei der Umsetzung des EU-Rechts durch die Länder. 2002. ISBN 3-7003-1420-5 (€ 49,90)
- Bd. 87 **Stefan Mayer**, Regionale Europapolitik. Die österreichischen Bundesländer und die europäische Integration. Institutionen, Interessendurchsetzung und Diskurs bis 1998. 2002. ISBN 3-7003-1396-9 (€ 47,90)
- Bd. 88 **Harald Stolzlechner**, Zur rechtlichen Behandlung von Sportanlagen. 2002. ISBN 3-7003-1425-6 (€ 10,90)
- Bd. 89 **Peter Bußjäger**, Katastrophenprävention und Katastrophenbekämpfung im Bundesstaat. 2003. ISBN 3-7003-1431-0 (€ 23,90)
- Bd. 90 **Gernot Meirer**, Die Verbindungsstelle der Bundesländer oder Die gewerkschaftliche Organisation der Länder. 2003. ISBN 3-7003-1435-3 (€ 42,90)
- Bd. 91 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Moderner Staat und innovative Verwaltung. 2003. ISBN 3-7003-1445-0 (€ 21,00)
- Bd. 92 **Peter Bußjäger/Anna Gamper** (editors), The Homogeneity of Democracy, Rights and the Rule of Law in Federal or Confederal Systems. 2003. ISBN 3-7003-1453-1 (€ 24,90)
- Bd. 93 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Föderalistische Lösungen für die Finanzierung des Gesundheitswesens. 2004. ISBN 3-7003-1486-8 (€ 13,90)
- Bd. 94 **Peter Bußjäger/Jürgen Weiss** (Herausgeber), Die Zukunft der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung. 2004. ISBN 3-7003-1487-6 (€ 20,90)
- Bd. 95 **Helmut Kramer**, Ökonomische Aspekte der Bundesstaatsreform. 2004. ISBN 3-7003-1491-4 (€ 18,90)
- Bd. 96 **Peter Bußjäger/Rudolf Hrbek** (Herausgeber), Projekte der Föderalismusreform – Österreich-Konvent und Föderalismuskommission im Vergleich. 2005. ISBN 3-7003-1528-3 (€ 18,90 vergriffen)
- Bd. 97 **Ulrich Willi**, Die Bundesverfassungskonformität der Vorarlberger „Volksgesetzgebung“, 2005. ISBN 3-7003-1563-5, 978-3-7003-1563-6 (€ 22,90)
- Bd. 98 **Anna Gamper/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Subsidiarität anwenden: Regionen, Staaten, Europäische Union. La sussidiarietà applicata: Regioni, Stati, Unione Europea. 2006. ISBN 3-7003-1580-5, 978-3-7003-1580-3 (€ 32,90)
- Bd. 99 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Finanzausgleich und Finanzverfassung auf dem Prüfstand. 2006. ISBN 3-7003-1589-9, 978-3-7003-1589-6 (€ 20,90)

- Bd. 100 **Peter Bußjäger**, Homogenität und Differenz – Grundlegung einer Theorie der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern in Österreich vor dem Hintergrund der Europäischen Union. 2006. ISBN 3-7003-1595-3, 978-3-7003-1595-7 (€ 32,90)
- Bd. 101 **Werner Schroeder/Karl Weber**, Die Kompetenzrechtsreform. Aus österreichischer und europäischer Perspektive. 2006. ISBN 3-7003-1608-9, 978-3-7003-1608-4 (€ 29,90)
- Bd. 102 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Katastrophenschutz als Aufgabe und Verantwortung im Bundesstaat. 2007. ISBN 978-3-7003-1631-2 (€ 22,90)
- Bd. 103 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Moderner Landesparlamentarismus. Zur Rolle der Landtage im Bundesstaat und in der EU. 2007. ISBN 978-3-7003-1632-9 (€ 27,90)
- Bd. 104 **Gerhard Lehner**, Länderausgaben. Tendenzen in wichtigen Aufgabenbereichen. 2007. ISBN 978-3-7003-1653-4 (€ 19,90)
- Bd. 105 **Peter Bußjäger/Stefan Hammer** (Herausgeber), Außenbeziehungen der Länder im Bundesstaat. 2007. ISBN 978-3-7003-1668-8 (€ 22,90)
- Bd. 106 **Peter Bußjäger/Felix Knüpling** (Herausgeber), Können Verfassungsreformen gelingen? 2008. ISBN 978-3-7003-1671-8 (€ 32,90)
- Bd. 107 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Sozialkapital, regionale Identität und Föderalismus. 2008. ISBN 978-3-7003-1675-6 (€ 22,90)
- Bd. 108 **Astrid Berger**, Netzwerk Raumplanung – im Spannungsfeld der Kompetenzverteilung. 2008. ISBN 978-3-7003-1685-5 (€ 32,90)
- Bd. 109 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Die Zukunft der parlamentarischen Kontrolle, 2009. ISBN 978-3-7003-1708-1 (€ 26,90)
- Bd. 110 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Parlamentarische Kontrolle und Ausgliederung, 2009. ISBN 978-3-7003-1738-8 (24,90)
- Bd. 111 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern. 2010. ISBN 978-3-7003-1748-7 (€ 27,90)

SCHRIFTENREIHE VERWALTUNGSRECHT

- Bd. 1 **Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht I. Das Recht der Grundzusammenlegung, Flurbereinigung und des landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens. 1989. ISBN 3-7003-0809-4 (€ 26,16)
- Bd. 2 **Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht II. Das Recht der Einforstungsrechte (Wald- und Weideservituten) und der agrargemeinschaftlichen Grundstücke. 1991. ISBN 3-7003-0922-8 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 3 **Peter Pernthaler/Evelyn Maria Stefani**, Der autonome Sektor der Sozialpolitik in Vorarlberg. Modell einer Entwicklung des Sozialstaates auf der Grundlage von Subsidiarität und Solidarität. 1990. ISBN 3-7003-0860-4 (€ 19,62)
- Bd. 4 **Günter Reimeir**, Rechtsprobleme der Planung von Einkaufszentren. 1992. ISBN 3-7003-0950-3 (€ 26,16)
- Bd. 5 **Helmut Schwamberger/Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht III. Bringungsrechte. 1993. ISBN 3-7003-0995-3 (€ 21,08)
- Bd. 6 **Eugen Kanonier**, Rechtliche Aspekte der Wegefreiheit im Bergland. 1997. ISBN 3-7003-1209-1 (€ 28,34)
- Bd. 7 **Harald Kraft**, Das Vorarlberger Abgabenrecht. Praxiskommentar. Teil I: Abgabenverfahrensrecht. 2001. ISBN 3-7003-1383-7.
Harald Kraft, Das Vorarlberger Abgabenrecht. Praxiskommentar. Teil II: Materielles Abgabenrecht. 2001. ISBN 3-7003-1384-5 (€ 58,--)
- Bd. 8 **Klaus Heißenberger**, Das NÖ Landesgesetzblatt – Ein Modell für eine Konsolidierung von Rechtsvorschriften. 2005. ISBN 3-7003-1537-6 (€ 39,90)

SCHRIFTENREIHE POLITISCHE BILDUNG

- Bd. 1 **Peter Pernthaler**, Föderalismus – Bundesstaat – Europäische Union. 25 Grundsätze. 2000. ISBN 3-7003-1324-1 (€ 10,76)
- Bd. 2 **Peter Bundschuh**, Vergleichende Untersuchung der Organisation und Funktion der 2. Kammer im föderalen System. 2000. ISBN 3-7003-1327-6 (€ 10,76)
- Bd. 3 **Peter Bußjäger**, Föderale und konföderale Systeme im Vergleich: Basisdaten und Grundstrukturen. 2003. ISBN 3-7003-1469-8 (€ 9,90)
- Bd. 4 **Anna Gamper**, Legislative and Executive Governance in Austria. 2004. ISBN 3-7003-1504-X (€ 7,90)
- Bd. 5 **Peter Bußjäger/Andreas Rosner**, Mitwirken und Mitgestalten – Europa und die österreichischen Länder. 2005. ISBN 3-7003-1564-3, 978-3-7003-1564-3 (€ 12,90)
- Bd. 6 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), 60 Jahre Länderkonferenzen 1945 – Die Länder und die Wiederbegründung der Republik. 2006. ISBN 3-7003-1582-1, 978-3-7003-1582-7 (€ 12,90)
- Bd. 7 **Peter Bußjäger/Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver** (Herausgeber), Die Besten im Westen? Die westlichen Bundesländer und ihre Rolle seit 1945. 2008. ISBN 978-3-7003-1703-6 (€ 16,90)
- Bd. 8 **Peter Bußjäger/Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver**, Föderalistisches Bewusstsein in Österreich. Regionale Identitätsbildung und Einstellung der Bevölkerung zum Föderalismus. 2010. ISBN 978-3-7003-1751-7

INSTITUT FÜR FÖDERALISMUS

Maria-Theresien-Str. 38b
A-6020 Innsbruck

Tel. +43/512/574594
www.foederalismus.at

Fax +43/512/574594-4
e-mail: institut@foederalismus.at

Direktor: Univ.-Doz. Dr. Peter BUSSJÄGER

Kuratorium:

Landesamtsdirektor Dr. Eduard PESENDORFER, Oberösterreich
Landtagsdirektor Mag.Dr. Wolfgang STEINER, Oberösterreich
Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Peter SONNBERGER, Oberösterreich
Hofrat Dr. Gerald GRABENSTEINER, Oberösterreich
Landesamtsdirektor Dr. Josef LIENER, Tirol
Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Dietmar SCHENNACH, Tirol
Dr. Christian RANACHER, Tirol
Mag. Christine SALCHER, Tirol
Landesamtsdirektor Dr. Johannes MÜLLER, Vorarlberg
Dr. Matthias GERMANN, Vorarlberg
Dr. Borghild GOLDGRUBER-REINER, Vorarlberg
Dr. Harald SCHNEIDER, Vorarlberg

Das Institut für Föderalismus ist eine Einrichtung der Länder Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich. Es befasst sich mit der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet des Föderalismus, darüber hinaus will es die Verbreitung und Pflege der Idee des Föderalismus in der Bevölkerung fördern.

Zur Erreichung dieser Ziele gibt das Institut eine Schriftenreihe für wissenschaftliche Veröffentlichungen, einen alljährlichen Bericht über den Föderalismus in Österreich sowie eine periodisch erscheinende Föderalismus-Info heraus, veranstaltet Fachtagungen und unterhält eine Dokumentation zum Thema Föderalismus.